

# mo

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 76

**SOS**  
Mitmensch



**INTERVIEW  
NATASCHA  
STROBL**

**IN DER SZENE  
WIE GELINGT  
DER AUSSTIEG?**

**ILLEGAL  
SCHWANGER-  
SCHAFTS-  
ABBRUCH**

**DOSSIER:**  
**KEINE MACHT DEM  
RECHTSEXTREMISMUS!**

3,00€  
FÜR KOLPORTAGE DAVON 1,50€

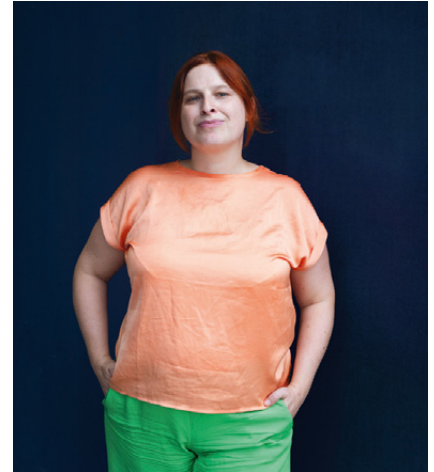
# Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg

**SOS** JETZT SPENDEN!  
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
Mitmensch BIC: GIBAAATWWXXX



Natascha Strobl. Foto: Julia Rotter

Das MO-Magazin sprach mit Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl über Rechtsextremismus, erfolgreiche Parteien, demokratische Bündnisse und Hassnachrichten.

## Liebe Leser:innen,

Wie stellen Sie sich unter Rechtsextremismus vor? Laut der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung ist er ein Einstellungsmuster, das unter anderem durch eine Affinität zu Diktaturen, die Verharmlosung von Nationalsozialismus, den Glauben an die Überlegenheit der eigenen Gruppe sowie durch antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen charakterisiert ist. Es gibt natürlich Schöneres als sich mit den rechtsextremen Auswüchsen in unserem Land zu beschäftigen. Notwendig ist es dennoch – umso mehr wenn in bisherigen Umfragen zur anstehenden Nationalratswahl eine Partei führt, die starke Verflechtungen mit der rechtsextremen Szene aufweist. Doch wie groß ist der Wunsch nach autoritärer Führung hierzulande wirklich? Was befördert diese Tendenzen? Wie steigt man aus solch extremistischen Szenen aus? Und wie könnten Parteien Erfolg haben, ohne rechtspopulistische Themen und rechts-extreme Begriffe zu übernehmen? Diesen Fragen sind wir im Dossier nachgegangen.

Freudvolle Momente erlebten wir bei zwei Workshops, die SOS Mitmensch Anfang des Sommers durchführte. Ein Workshop zu Demokratie und dem Wahlausschluss vieler Menschen führte uns an die Wiener Schule Anton-Krieger-Gasse. Eine Schulklasse der AHS Rahlgasse besuchte wiederum die MO-Redaktion und gestaltete eine Doppelseite. Die Ergebnisse lesen Sie in dieser Ausgabe. Eine spannende Lektüre und gute Anregung für das Kreuz am 29. September in der Wahlkabine wünscht  
Milena Österreicher, Chefredakteurin

# INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Julia Rotter



Illustration: Eva Vasari



Foto: Karo Pernegger

## Einstieg

- 2 CARTOON**  
MO und die Leitkultur.
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**  
... bei Martin Schenk über die Sozialhilfedebatte.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**  
Verteidigen wir die Demokratie.
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**  
Pass Egal Wahl / Dossier zur FPÖ / Geflüchteten-Porträtserie /  
Initiativen für den Schutz der Demokratie

## DOSSIER: RECHTSEXTREMISMUS

- 10 „MAN MUSS PRAGMATISCH SEIN“**  
Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl im Interview.
- 14 WOLLEN WIR AUTORITÄR?**  
Über Demokratieunzufriedenheit und autoritäre Tendenzen.
- 16 „DIE DEMOKRATIE WIRD VON INNEN BEDROHT“**  
Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger im Gespräch.
- 18 AUSSTIEGSVERSUCHE**  
Was es für den Ausstieg aus extremistischen Szenen braucht.
- 22 GESTERN CORONA, HEUTE DAS KLIMA?**  
Über Teilöffentlichkeiten und Verschwörungserzählungen.
- 24 FRAUEN GEGEN RECHTS**  
Wie und warum sich Frauen engagieren.
- 26 AUFWACHEN IN EINER RECHTEN WELT**  
Wie es sich als vulnerable Gruppe unter dem Rechtsruck lebt.

## Welt

- 29 WENN ES DOCH PASSIERT**  
Bis heute ist Schwangerschaftsabbruch in Österreich illegal.
- 32 FÜR VIELE KEINE WAHL**  
Demokratieworkshop in einer Wiener Schule.
- 34 DIE BEDEUTUNG DES WAHLRECHTS**  
Wie es für Jugendliche ist, nicht wählen zu dürfen.
- 36 STÜTZEN DER GESELLSCHAFT**  
Zwei Porträts geflüchteter Menschen in Österreich.
- 38 MIT DEN FAKTEN SCHRITT HALTEN**  
Der Soziologe Frank Kalter im Gespräch über Integration.
- 40 AUSBEUTUNG AUF BESTELLUNG**  
Welche Gründe die Ausbeutung von Migrant:innen hat.

## Rubriken

- 41 SERVUS ALAYKUM**  
*Kolumne von Menerva Hammad: Fremde in der Heimat*
- 42 KOLUMNEN**  
*Martin Schenk: Menschenrechte, eh klar?*  
*Philipp Sonderegger: Mit dem Hammer schrauben*  
*Vanessa Spanbauer: Zeiten des Stillstands*
- 44 MEDIEN**  
Drei oder vier Bagatellen / Podcast Inside Austria
- 45 DOSSIERMEDIEN**  
Kickl beim Wort genommen / Was Populisten wollen
- 46 ANDERE ÜBER ...**  
*Kommentar: Christoph Pinter über die Genfer Flüchtlingskonvention.*

Solidarität mit Menschenrechten,  
Einsatz für Qualitätsjournalismus

Jetzt das  
**MO**  
**SOLI-ABO**  
bestellen!



Einfach MO-Soli-Abo bestellen unter:  
**www.momagazin.at**

**30** Jahre **SOS**  
Mitmensch



**frauen\*  
solidarität**

feministisch-entwicklungspolitische  
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek &  
Dokumentation

Veranstaltungen  
& Workshops

Zeitschrift &  
Radio

Bleiben Sie informiert mit einem Abo!

Jahresabo: ab € 20,- in Print und  
€ 15,- digital.

Bestellungen an:  
abo@frauensolidaritaet.org  
www.frauensolidaritaet.org



Brillen.manufaktur<sup>®</sup>



Neubaugasse 18 | 1070 Wien | brillenmanufaktur.info

## NACHGEFRAGT

# „Gestrichen wird bei allen“

Eine Debatte rund um die Sozialhilfe ist wieder entflammt. Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie, Mitbegründer der Armutskonferenz und MO-Kolumnist, im Gespräch darüber, was die Debatten verdecken und wie eine sinnvolle Sozialhilfe aussehen kann.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

## Der Fall einer neunköpfigen syrischen Familie, die in Wien inklusive Mietbeihilfe rund 4.600 Euro Sozialhilfe bezieht, sorgt für Aufregung. Ist diese gerechtfertigt?

Ich denke, unsere Aufmerksamkeit sollte auf dem verdeckten Ziel der Debatte liegen: Die Vorschläge mit Kürzungen im unteren Netz samt Abschaffung der Notstandshilfe erinnern an das deutsche Hartz IV-Modell. Durch die Einschnitte werden die Mindestlöhne unter Druck gesetzt. Wenn die Menschen Angst haben, leichter in der Armutsfalle zu landen, nehmen sie jeden Job an und sind auch bei Gehaltsforderungen stärker ausgeliefert, nur um nicht „in den Keller zu fallen“. Die fatale Nebenwirkung von Hartz IV war ein riesiger Niedriglohnmarkt, der prekäre und ausgrenzende Arbeitsbedingungen für Hunderttausende gebracht hat. Arbeit, von der man nicht leben kann, ist das große verschwiegene Thema hinter der Debatte.

## In Österreich wurde die Mindestsicherung 2019 abgeschafft und durch die Sozialhilfe in den Bundesländern ersetzt. Mit welchen Folgen?

Bei der Abschaffung wurde über Asylpolitik gesprochen, gestrichen wurde



bei allen. Würden sie sagen, dass das Kranke oder Menschen mit Behinderungen trifft, wäre wohl kaum einer dafür. Auf „die Flüchtlinge“ zeigen die Regierenden, die Bedingungen verschärfen sie aber für alle. Das ist das Geschäft von Trickdieben: Es braucht immer einen, der ablenkt, damit dir der andere die Geldbörse aus der Tasche ziehen kann. „Die Ausländer“ werden ins Spiel gebracht, weil sie sonst die Kürzungen nicht durchsetzen könnten. Keiner alten Frau, keinem Menschen mit Behinderungen, keinem Niedriglohnbezieher geht es jetzt mit der neuen Sozialhilfe besser. Im Gegenteil.

## Ein Drittel der berechtigten und hilfsbedürftigen Personen nimmt der Armutskonferenz zufolge die Sozialhilfe gar nicht in Anspruch. Woran liegt das?

Es bräuchte weniger Barrieren, einen

bürgerfreundlichen Vollzug am Amt, Rechtssicherheit, verständliche Formulare, keine Beschämung und keine öffentliche Demütigung von Menschen, die wenig haben. Wenn die Inanspruchnahme vollständiger wäre, würde das 60.000 armutsgefährdete Menschen weniger bedeuten und die Einkommensarmut um ein Prozent sinken.

## Immer wieder kommt auch der Vorschlag von mehr Sach- statt Geldleistungen. Wäre das sinnvoll?

Ja, besonders Investitionen in Gesundheit und Bildung sind wirkungsvoll. Ich würde aber vorschlagen, Sach- von Dienstleistungen zu unterscheiden. Soziale Dienstleistungen sind Assistenz, Kinderbetreuung, therapeutische Hilfen, Lernangebote, Schulmahlzeiten, mobile Familienhilfen etc. Bei leistbarem Wohnen oder öffentlichem Verkehr kann man auch von sozialer Infrastruktur sprechen. Die Unterstützung durch soziale Dienstleistungen erhöht in der Regel die Handlungsspielräume und Chancen der Betroffenen. Wenn aber Sonder-Sachleistungen pauschal für Arme in Sondersystemen angeordnet werden, dann folgen Stigmatisierung, weniger Selbstständigkeit und Almsenwirtschaft.

## HANDLUNGSBEDARF

# Verteidigen wir die Demokratie

In einem politischen Entscheidungsjahr muss man Prioritäten setzen. An erster Stelle hat die Verteidigung der Demokratie zu stehen.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Die Zeiten, in der der Weiterbestand unserer Demokratie in ihrer jetzigen Form Gewissheit war, sind vorbei. Wir erleben weltweit den Aufstieg antidemokratischer Strömungen, die die Demokratie für ihre Zwecke ausnutzen, aber sie zugleich aushöhlen oder ganz beseitigen wollen. Auch in Österreich. Hierzulande führt eine Partei in Umfragen, die tief im verfassungsgefährdenden rechtsextremen Spektrum verankert ist. Ein von SOS Mitmensch veröffentlichtes Dossier zu den rechtsextremen Verflechtungen der FPÖ zeigt eine enorme Dichte an Kontakt- und Unterstützungspunkten zu rechtsradikalen Szenen im In- und Ausland. Es sind diese radikalen Szenen, die im Schlepptau der FPÖ an wichtige Schaltstellen der politischen Macht zu gelangen drohen – eine Entwicklung, vor der der österreichische Verfassungsschutz ausdrücklich warnt. Eine Mehrheit der Bevölkerung erkennt inzwischen die rechtsextreme politische Bedrohung. Laut Umfragen sehen 60 Prozent im Rechtsextremismus eine große Gefahr. Die Mehrheit lehnt eine Kanzlerschaft von FPÖ-Obmann Herbert Kickl klar ab. Kickl hat in zahlreichen Reden zum Ausdruck gebracht, wie sehr er einige der zen-

tralen Elemente von Demokratien geringerschätzt. So verleugnet er die unerlässliche Pluralität der Parteien, die im Wettbewerb zueinanderstehen. Er bezeichnet alle Parteien, die nicht seine Partei sind, als „Einheitspartei“, als „Allianz der Verrückten“ und als „gleichgeschaltet“. Damit wird das verzerrte Bild von Österreich als einer Nichtdemokratie gezeichnet und der Weg zur Schaffung einer tatsächlichen Nichtdemokratie geebnet, weil die Grenzen zwischen Demokratien und Nichtdemokratien verwischt werden. Auch die Pluralität der Medien verleugnet Kickl. Er bezeichnet Medien pauschal als mit „den Einheitsparteien“ verbundenes „System“. Er spricht von einer „Arbeitsteilung“, bei der „die einen lügen“ und „die anderen diese Lügen widerspruchlos drucken“. Attackiert werden sogenannte etablierte Medien. Dabei ist es für eine Demokratie unerlässlich, dass es Medien gibt, die sich als seriös und vertrauenswürdig etabliert haben. Wenn stattdessen unseriösen Fake News- und Hass-Medien der Vorzug gegeben wird, gerät die Demokratie ins Wanken. Doch die FPÖ ist sogar eine Stufe weiter: Sie bezeichnet Journalist:innen, die durch kritische Fragen und unabhängige Berichterstattung auffallen, als „Demokra-



Illustration: Petja Dimitrova

tiefeinde“. Spätestens hier sollten sämtliche Alarmglocken schrillen. Kritisch recherchierende Medienmenschen als Feinde der Demokratie zu markieren, ist ein wesentliches Markenzeichen von Antidemokratien. Bei Kickl kommt als weiteres antidemokratisches Element die totale Herabwürdigung politisch Andersdenkender hinzu, die er als „Verrückte“, „Idioten“, „Stümper“ und „Versager“ bezeichnet. Wer sich gegen seine Ideologie stellt, wird radikal abgewertet. Alarmierend ist zudem, dass Kickl pauschal diskreditierend vom „System“ spricht, das er beseitigen wolle. Die Grundpfeiler unseres politischen Systems sind jedoch die Demokratie und der Rechtsstaat, mit all ihren Stärken, aber auch mit all ihren Unvollkommenheiten und Verbesserungsmöglichkeiten. Wer nicht konkrete Schwachpunkte verbessern, sondern das gesamte politische System hinwegfegen will, läutet das Ende unserer Demokratie ein. Am 29. September liegt es an uns, jene unterschiedlichen Parteien zu stärken, die für den Fortbestand einer funktionierenden Demokratie eintreten. Und nach der Wahl liegt es an uns, lautstark vom Bundespräsidenten einzufordern, dass er die Regierungsbildung ausschließlich in vertrauenswürdige Hände legt.

## DEMOKRATIE

## Pass Egal, das ist auch meine Wahl!

Über 1,5 Million hier lebende Menschen im Wahlalter sind von der Nationalratswahl ausgeschlossen. Sie haben zwar in Österreich ihren Lebensmittelpunkt, besitzen aber nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. Ein Großteil der Betroffenen lebt schon viele Jahre im Land oder ist sogar hier geboren und aufgewachsen. Ein wesentlicher Grund für den steigenden



In ganz Österreich öffnen Wahllokale für die Pass Egal Wahl 2024.

Wahlausschluss ist die Tatsache, dass Österreich in Europa Schlusslicht beim Zugang zur Staatsbürgerschaft ist. Doch Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Ausschluss! Deshalb bietet SOS Mitmensch gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartner:innen allen hier lebenden Menschen die Möglichkeit, bei der Pass Egal Wahl ihre Stimme abzugeben! Bis zum 24. Sep-

tember ist eine symbolische Stimmabgabe für die bei der Nationalratswahl bundesweit kandidierenden Parteien möglich.

Darüber hinaus finden an zahlreichen Schulen in Kooperation mit SOS Mitmensch Pass Egal Wahlen statt. Demokratiebildung und Teilhabe sollen für junge Menschen keine leeren Worte sein, sondern aktiv gelebt werden können. Anmeldung unter [pass-egal-wahl@sosmitmensch.at](mailto:pass-egal-wahl@sosmitmensch.at).

Wer an der Pass Egal Wahl teilnimmt, setzt ein starkes Zeichen für eine inklusive Demokratie! Auch Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft können eine Solidaritätsstimme abgeben.

Zum Abschluss der Pass Egal Wahl findet am 24. September am Wiener Yppenplatz ein großes Demokratiefest statt! Mehr Infos auf [www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at).

## RECHTSEXTREMISMUS

## Mehr als 200 rechtsextreme Verflechtungen der FPÖ!

SOS Mitmensch hat ein 100-Seiten starkes Dossier veröffentlicht, das mehr als 200 Verflechtungspunkte zwischen der FPÖ und rechtsextremen Szenen in Österreich und Deutschland nachweist. Der Bericht zeigt, wie sehr sich die FPÖ und ihre Parteiführung radikalisiert haben und wie tief sie in rechtsextremen Szenen verankert sind. Unsere Erhebung liefert eine Antwort auf die Frage, wie viel Rechtsextremismus in der heutigen FPÖ tatsächlich drinnen steckt. Das erschreckende Ergebnis: Die Dimension der Verankerung der FPÖ im rechtsextremen Spektrum



SOS Mitmensch-Dossier dokumentiert FPÖ-Rechtsextremismus.

sprengt alles, was es bisher in Österreich an parteipolitischer Radikalisierung gegeben hat. Insbesondere die Parteiführung rund um Herbert Kickl weist eine

Vielzahl an Verflechtungspunkten mit verfassungsgefährdenden Szenen auf.

Die FPÖ nimmt inzwischen genau jene Förderfunktion und Machtbrücke für außerparlamentarische rechtsextreme Szenen ein, vor der der österreichische Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht eindringlich warnt.

Die Bevölkerung hat ein Recht, über diese ausufernden rechtsextremen Umtriebe einer politischen Partei informiert zu werden. Insbesondere, wenn es um eine Partei geht, die einen Machtanspruch stellt. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft unserer Demokratie!



## FLUCHT

## Geflüchteten-Porträt-Serie: Stützen der Gesellschaft

Nahezu jeden Tag wird in Österreich über geflüchtete Menschen diskutiert. Vielfach wird dabei pauschalisiert und politisch instrumentalisiert. Die tatsächlichen individuellen Lebensrealitäten, Meinungen und Wünsche von Geflüchteten bleiben hingegen zumeist im Hintergrund.

Während Negativgeschichten viel Aufmerksamkeit erhalten, sind die vielen Erfolgsgeschichten, die geflüchtete Menschen allen großen Hindernissen zum Trotz zu erzählen haben, zumeist unsichtbar. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, lässt SOS Mitmensch in der Porträtreihe „Stützen der Gesellschaft“ geflüchtete Menschen zu Wort kommen, die es geschafft haben, in systemrelevanten Berufen Fuß zu fassen.

## DEMOKRATIE

## Zahlreiche Initiativen kämpfen für den Schutz der Demokratie!

Im politischen Entscheidungsjahr 2024 haben sich zahlreiche Initiativen gebildet, um die Demokratie in Österreich zu schützen und zu stärken. Antidemokratischen Tendenzen soll entgegengewirkt werden. Mehr als 20 Initiativen haben sich im Rahmen der vom „demaInstitut“ veranstalteten „Agora der Demokratie“ getroffen, um sich auszutauschen.

SOS Mitmensch hat dabei die Initiative „Das Gemeinsame zuerst“ und die „Pass Egal Wahl“ vorgestellt. Mit „Das Gemeinsame zuerst“ hat SOS Mitmensch zusammen mit Amnesty International,



Tamador Agha arbeitet als klinische Psychologin

Etwa Tamador Agha, die erzählt, wie sie aus Syrien flüchten musste und jetzt in Österreich als klinische Psychologin arbeitet. Oder Ayad Salim, der im Irak als Journalist tätig war und jetzt als Zugbegleiter unterwegs ist. Oder Olha Zholnina, die aus der Ukraine flüchten musste und jetzt in Salzburg Lehrerin ist. Oder Sharifa Hussaini, die über die Familienzusammenführung aus Afghanistan nach Graz kam und die Ausbildung zur Pflegeassistentin erfolgreich absolviert hat. Und viele mehr.

Die insgesamt elfteilige Porträtserie soll Mut machen und Quelle der Inspiration sein. Alle aktuellen Porträts und frühere Porträtreihen von SOS Mitmensch finden sich auf [www.hierangekommen.at](http://www.hierangekommen.at).

der Diakonie und der Volkshilfe einen Impuls für eine konstruktive Politik gesetzt. Eine Politik, die nach Lösungen sucht, nicht nach Sündenböcken.

Mit der „Pass Egal Wahl“ weisen wir auf die zunehmende Demokratiekluft in Österreich hin, bei der bereits ein Fünftel der Bevölkerung ins demokratiepolitische Abseits gestellt wird – mit negativen Folgen für unsere Demokratie. Darüber hinaus hat SOS Mitmensch seine Aufklärungsarbeit über die rechtsextreme Gefahr intensiviert. Gemeinsam kämpfen wir für eine positive demokratische Zukunft!

## Demokratiefest 24. September Yppenplatz!

Zum Abschluss der Pass Egal Nationalratswahl von SOS Mitmensch findet am Dienstag, den 24. September, von 15 bis 20 Uhr ein großes Demokratiefest beim Brunnenmarktspielplatz am Wiener Yppenplatz statt. Mit großartigen Kultur- und Musikbeiträgen sowie einem Wahlzelt zur finalen Stimmabgabe. Seien Sie dabei! Infos: [www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at)

## Initiative für vermögensbezogene Steuern

SOS Mitmensch unterstützt die von Attac initiierte „Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten“. Die Allianz fordert alle politischen Parteien auf, in der nächsten Legislaturperiode höhere und progressive vermögensbezogene Steuern für die Reichsten umzusetzen. Damit die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergeht.

## Rechtsextrem ist die falsche Wahl

Egal, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit den Parteien und der Politik in Österreich sind, rechtsextrem ist die falsche Wahl! Daher ruft SOS Mitmensch dazu auf, unbedingt wählen zu gehen und das Kreuz bei einer Partei zu machen, die sicher auch ihre Schwächen hat, aber nicht das demokratische Österreich gefährdet!



Für die Demokratie wählen gehen: Wir wollen kein rechtsextremes Österreich!



# „MAN MUSS PRAGMATISCH SEIN“

Rechte Parteien und Rechtsextremismus sind im Aufwind. Für Natascha Strobl ist das keine Überraschung – aber auch kein Grund für totalen Pessimismus. Die Politikwissenschaftlerin im Gespräch darüber, wie man ohne rechte Inhalte Wahlen gewinnen könnte und wie pragmatische Bündnisse aussehen.

*Interview: Naz Küçüktekin*

*Fotos: Julia Rotter*

**Frau Strobl, die EU-Wahl zeigte einen Rechtsrutsch. Für die kommenden Nationalratswahlen scheint ein FPÖ-Sieg unter Herbert Kickl auch nicht unrealistisch. Woher kommt dieses Erstarren rechter Parteien?**

**Natascha Strobl:** Das hat verschiedene Gründe. Einerseits sind es manifeste materielle Sorgen im Sinne von Teuerungen oder Wohnen. Und es gibt gesellschaftspolitische Gründe, wie Angst vor gesellschaftlicher Spaltung oder Krieg. Auch die Klimakrise ist ein großes Thema. Es ist ein Gemisch aus Ängsten, die berechtigt oder auch unberechtigt sind, die in einer negativen Zukunftsaussicht enden. Die Aufgabe von demokratischen Parteien wäre es, hier anzusetzen. Denn Rechtsextreme schüren diese Ängste, benennen Feindbilder

und sagen: „Entweder wir oder die haben eine gute Zukunft.“ So werden reale Ängste instrumentalisiert, aber auch fiktive Ängste hervorgerufen.

**Kommen Parteien in Österreich derzeit dieser Aufgabe nach?**

Nicht genug. Man muss irrealer Ängste auch als solche benennen. Diese Ängste zu bearbeiten, heißt nicht, sie zu affirmieren und zu sagen: Es ist richtig, wenn du Angst vor Gendersternen oder Wärmepumpen hast. Das wäre Humbug. Aber diese Frustrationen, diese Angst, die gehört adressiert. Das muss mit einem Gegenangebot passieren. Es muss realistisch benannt werden, wie unsere Zukunft ausschaue soll. Wie wollen wir in fünf Jahren zusammenleben? Wie schaut dann mein

Alltag aus? Fahre ich dann auch noch in der Früh 40 Minuten in die Arbeit, arbeite acht Stunden, fahre 40 Minuten zurück und habe keine Zeit für Hobbys oder Familie? Oder ist es dann anders? Ich muss zuerst die Emotion adressieren und dann kann ich mit Lösungen kommen.

**Wie muss eine Partei aussehen und funktionieren, um sich gegen rechte und rechtsextreme Parteien durchzusetzen?**

Sie muss demokratisch organisiert sein und darf sich nicht anhand von Berater:innen oder Fokusgruppen ausrichten. Das wichtigste Instrument ist eigentlich ein ganz einfaches: Man kann Menschen fragen. Dazu gefällt mir ein Ansatz aus Kanada von der sozialde-

mokratischen Partei „New Democratic Party“ sehr gut. Sie haben Menschen gefragt, wie ein guter Alltag für sie aussehen sollte. Und die Leute haben nicht gesagt, ich gewinne bestenfalls im Lotto und fahre dann auf die Seychellen. Sie haben auch nicht gesagt, das Wichtigste ist, dass Ausländer:innen abgeschoben werden. Sie haben gesagt, sie möchten nicht im Stau stehen. Die Arbeit soll nicht stressig sein. Allen soll es gut gehen. Und sie wollen Zeit haben: für Hobbys, für sich selbst, für Entspannung. Damit haben sie selbst formuliert, was sie brauchen. Dann kann ich kommen, und überlegen, warum ist das jetzt nicht möglich? Kann es nicht anders sein? Es ist immer besser, Menschen mitzunehmen und selbst formulieren zu lassen. So kommt man auch darauf, dass das Wichtigste im Leben von Menschen nicht Kulturkämpfe sind, sondern Dinge, die sie direkt betreffen.

**Dennoch werden diese Kulturkämpfe auch von anderen Parteien übernommen, weil man damit vermeintlich eine rechte Wähler:innenschaft ansprechen will. Wie kommt man davon wieder weg?**

Die extreme Rechte operiert mit einer Emotion, die unglaublich stark ist: der Angst. Da komme ich mit Rationalität nicht dagegen an. Wenn ich Flugangst habe und mein Sitznachbar im Flugzeug mir sagt, du brauchst keine Angst zu haben, habe ich trotzdem weiterhin Angst. So muss man sich das vorstellen, wenn Menschen von extremen Rechten permanent mit diesen Ängsten bearbeitet werden. Deshalb muss ich diese Menschen zuerst aus dieser Unmündigkeit und diesen Ängsten herausholen. Das kann ich aber nicht machen, wenn ich genauso operiere wie die extreme Rechte. Abgesehen davon, dass es moralisch falsch ist, bringt es politisch auch nichts.

**In Frankreich hat man kürzlich gesehen, wie eine vereinigte Mitte-Links-**

**front gegen Marine Le Pen gewinnen konnte. Bräuchte es in Österreich auch breitere Bündnisse?**

Ich bin immer dafür, hier bis an die eigene Schmerzgrenze zu gehen. Ich weiß, dass man da viel aushandeln muss, aber ich muss auch Bündnisse mit Leuten eingehen, wo ich vielleicht fundamentale Gegensätze habe. Das kann ein Zweckbündnis sein, oder nur ein temporäres Bündnis. Wenn ich zum Beispiel gegen Abschiebungen bin, dann sollte ich mich mit Pfarrern in Westösterreich auseinandersetzen. Die haben real Leute geschützt und Stimmungen in Dörfern geprägt, weil sie sich gegen Abschiebungen ausgesprochen haben. Ich werde mit ihnen aber nicht kooperieren, wenn es um Schwangerschaftsabbruch geht. Ich muss bei einer Demo gegen Abschiebungen nicht den Schwangerschaftsabbruch ausdiskutieren, auch wenn es natürlich ein wichtiges Thema ist.

---

### **„MENSCHEN MIT ÄNGSTEN ZU BEARBEITEN, IST MORALISCH FALSCH UND BRINGT POLITISCH NICHTS“**

---

**Müsste man mehr Prioritäten setzen?**

Ich glaube, man muss pragmatisch sein. Wenn ich wo etwas bewirken kann, dann sollte ich das dort auch versuchen. Das heißt nicht, die eigenen Grundsätze über Bord zu schmeißen. Aber die Zeiten sind so ernst, dass ich jeden Punkt, den ich verschieben kann, verschieben muss. Es liegt auf der Hand, wo die Linien von der extremen Rechten sind. Das ist alles, was mit Migration, Asyl, Sicherheit sowie auch Feminismus, LGBTQI-Rechten und Klimaschutz zu tun hat. Ich muss mich nicht vor jedes Gendersternchen schmeißen, aber ich muss mich vor jeden Menschen schmeißen, der real angegriffen wird.

**Welche Rolle spielt dabei der „radikale Konservatismus“, ein Begriff, den Sie auch mit Ihrem Buch „Radikalierter**

**Konservatismus“ (Suhrkamp 2021) geprägt haben?**

Der radikale Konservatismus ist eine Bewegung innerhalb konservativer Parteien, die auf das System nicht mehr stabilisierend wirken, sondern es autoritär überwinden wollen. Wir sehen es in den USA mit Donald Trump. In Österreich hat man es mit Sebastian Kurz und der ÖVP gesehen. In Ungarn mit der Fidesz. Das sind konservative Parteien, die sich den Strategien, Themen und Bildern der extremen Rechten bedienen, sodass sie nicht mehr unterscheidbar werden in ihrer Sprache. Aber natürlich macht es einen Unterschied, ob man eine konservative Partei hat, die in einer Regierung ist, die dasselbe macht wie eine rechts-extreme Partei, die in der Opposition ist. Das hat eine andere gesellschaftliche Wirkung. Dieses Abrutschen des Konservatismus ist ein sehr prekärer Zustand der Demokratie.

**Wie kommen die Konservativen da wieder heraus?**

Sie müssen sich, genauso wie die Sozialdemokratie, fragen, wo sie stehen. Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum Klimaschutz kein konservatives Thema ist. Die Klimakrise betrifft die Bauern, die Landwirtschaft, die Landbevölkerung zuerst. Bei der Vorstellung Natur zu bewahren, gäbe es so viele Anknüpfungspunkte für den Konservatismus.

**Also die Sozialdemokraten versagen, die Konservativen auch. Und die Rechten profitieren davon?**

Ja. Die staatstragenden Parteien waren bisher immer eine im weitesten Sinne sozialdemokratische und eine im weitesten Sinne konservative Partei. Beiden kommt sozusagen die Welt abhandeln, sie können sich keinen Reim mehr daraus machen. Das hat viele Gründe, aber der Hauptgrund ist, dass das Nachkriegssystem auf dem Wohlstandsversprechen aufgebaut wurde. Jede Generation sollte es besser haben als die



Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl beschäftigt sich mit Rechtsextremismus und der Neuen Rechten in Österreich und in Europa. Sie analysiert in Medien sowie auf Twitter deren Strategien. Dafür wird sie regelmäßig mit Hassnachrichten und Bedrohungen konfrontiert.

davor. Dieses Versprechen wurde lange weitestgehend erfüllt. Nun wird es nicht mehr erfüllt, weil das Verhältnis zwischen dem Wirtschaftssystem, das auf Ungleichheit beruht, und dem politischen System, das dieses Wirtschaftssystem anhebt, seit Ende der 1980er Jahre zugunsten des Wirtschaftssystems gekippt ist. Die Ungleichheit hat sich vergrößert und der Wohlstand ist nicht mehr gleichmäßig generiert worden.

**In den letzten Jahren haben wir auch gesehen, dass Menschen, die sich online offline gegen Rechtsextremismus stellen, angefeindet und bedroht werden. Wie müssen sie geschützt werden?**

Das Hass im Netz-Gesetz ist sicher ein netter Versuch gewesen, aber es greift nicht dort, wo es greifen sollte. Das Grundproblem ist die Sicherung von Belegen. Oft sind der Prozess und die damit verbundenen Anwaltskosten auch sehr kostspielig. Aus diesem Grund habe ich den „Gegenrechtsschutz“ gegründet. An diesen können sich Aktivist:innen oder

freie Journalist:innen wenden und diese können zumindest einen Teil von Prozesskosten übernehmen. Ich bin allgemein nicht für eine Klarnamenpflicht online, aber die Identifizierung muss irgendwie möglich sein. Der Preis ist ansonsten, dass Leute die schlimmsten Sachen über dich, deine Familie, deine Kinder loslassen können, ohne dass etwas passiert.

**Da sprechen Sie aus persönlicher Erfahrung.**

Ja, ich habe viel persönliche Erfahrung damit gemacht.

**Wie gehen Sie damit um?**

Ich habe zwischenzeitlich meinen Twitter-Account gelöscht. Ich möchte mich dem nicht aussetzen. Außerdem habe ich hohe Sicherheitsvorkehrungen getroffen, sowohl zu Hause als auch wenn ich unterwegs bin. Ich fahre nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich hatte eine Aussprache mit dem Verfassungsschutz. Das sind einige der Maß-

nahmen. Das klingt schnell paranoid und wahrscheinlich passiert zu 80 Prozent nichts, aber ich kann es nicht riskieren. Ich muss immer schauen, welche Fußballspiele gerade sind, welche Routen ich nehme. Ich versuche trotzdem, es halbwegs entspannt zu sehen.

**Gibt es etwas, was Sie noch ergänzen möchten?**

Es ist aktuell alles sehr düster. Aber was wir auch sehen, etwa in verschiedenen Studien, ist, dass die Ablehnung der extremen Rechten viel höher ist als die unbedingte Zustimmung. Wir wissen, dass über die Hälfte der weißen mitteleuropäischen Bevölkerung auf gar keinen Fall die extreme Rechte in der Regierung haben will. Circa zehn Prozent sind Hardcore und wollen das. Das ist viel. Aber man muss auch sehen, wie viele bereit sind, füreinander einzustehen. Die extreme Rechte muss nicht bestimmen, wie wir in einer demokratischen Gesellschaft miteinander umgehen.

# WOLLEN WIR AUTORITÄR?

Unzufriedenheit mit der Demokratie ist nach Pandemie, Ukraine-Krieg und Inflationsrekord die neue Normalität in Österreich. Der damit verbundene Rechtsruck könnte auch die Demokratie gefährden. Warum autoritäre Tendenzen dennoch nicht in Stein gemeißelt sind.

*Text: Edgar Subak*

**F**ür den tiefen Fall brauchte es nur fünf Jahre. Von 2018 bis 2023 krachte die Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich nach unten: Während 2018 noch knapp zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung mit dem politischen System zufrieden waren, war es 2023 laut Demokratie Monitor nur noch rund ein Drittel. Damit gehört Österreich im europäischen Vergleich zu den Unglücklichen. Laut einer Studie der Universität Wien nahm die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den letzten Jahren neben Österreich auch in Polen und Tschechien ab. In anderen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Ungarn blieb sie konstant. In Italien nahm die Zufriedenheit hingegen zu. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Inflationsrekord reichten sich in dieser Zeit die Hand.

Warum Menschen in Österreich so unzufrieden sind, erklärt sich der Historiker Oliver Rathkolb damit, dass immer mehr Menschen mit den Umbrüchen



Laut einer aktuellen Studie wünschen sich 16 Prozent in Österreich einen „starken Führer“. Das sei der harte antidemokratische Kern. In Wirklichkeit würden aber mehr Menschen damit liebäugeln.

unserer Zeit überfordert sind. Neben der Migration sind die Digitalisierung und die sich verschärfende ökonomische Ungleichheit für viele ein großes Thema. Im ländlichen Raum stellen sich diese Umbrüche zum tradierten Status quo noch stärker ein.

Besonders armutsbetroffene Menschen zeigen sich mit dem politischen System

unzufrieden. Nur 24 Prozent des untersten ökonomischen Drittels der Gesellschaft stimmt der Aussage zu, dass das politische System sehr oder ziemlich gut funktioniere. Beim reichsten Drittel der Gesellschaft sind es hingegen mehr als die Hälfte, die derselben Aussage zustimmen. Das Vertrauen in demokratische und staatliche Institutionen hängt

stark mit dem Einkommen zusammen, schreibt die in Deutschland ansässige Hans-Böckler-Stiftung.

### Wunsch nach starkem Führer

Unzufriedenheit zieht sich aber durch alle Schichten. Wozu dann noch Parlamentarismus und Aushandlung unterschiedlicher Interessen? Ob es nicht besser mit einem starken Führer gehen würde, der sich nicht um Parlament und Wahlen schert? Diese Frage bejahten in Österreich 16 Prozent, in Deutschland 17 Prozent. In Frankreich bereits 41 Prozent und in Italien 46 Prozent. Das ergab eine von Historiker Oliver Rathkolb im Frühjahr 2024 präsentierte Studie der Universität Wien. Die 16 Prozent in Österreich seien aber der harte antidemokratische Kern, in Wirklichkeit liebäugelt ein größerer Anteil mit dieser Aussage. Es gebe noch Hemmungen, sich positiv zum historisch belasteten Begriff des „Führers“ zu bekennen, erklärt Oliver Rathkolb im Gespräch.

Diese Unzufriedenheit manifestiert sich in Österreich mit dem Erfolg der rechtspopulistischen Partei FPÖ, die bei der vergangenen EU-Wahl 2024 erstmals in der Geschichte bei einer bundesweiten Wahl den ersten Platz errang. Dass diese Partei sich der Demokratieunzufriedenheit bedient, zeigt sich an der von der FPÖ geübten populistischen Strategie à la „Wir, das Volk, gegen die da oben“. Das Volk steht einer vermeintlich selbstgefälligen Politelite gegenüber. Und das, obwohl die Rechtspopulist:innen oft selbst Teil dieser Politelite sind, wie im Fall Herbert Kickl, dem ehemaligen Innenminister. Hinzu kommt, dass Rechtspopulist:innen Unsicherheiten sowie Ängste in der Bevölkerung schüren, die angeblich nur sie überwinden könnten.

Wo rechtspopulistische Kräfte an die Macht kommen, erodiert früher oder später auch die Demokratiequalität und



Historiker Oliver Rathkolb sieht Möglichkeiten, den Autoritarismus-Wunsch zu verringern.

das befördert autoritäre Regierungsformen. Geschehen ist das etwa in Ungarn unter Victor Orbán. Der Ministerpräsident verwandelte Ungarn durch die Kontrolle eines großen Teils der Medien und Änderungen der Verfassung nach 14 Jahren an der Macht in eine elektorale Autokratie. In elektoralen Autokratien werden formal noch Wahlen abgehalten, andere Elemente einer liberalen Demokratie – wie eine vielfältige, unab-

### 2005 LEBTE DIE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG IN AUTOKRATIEN, 2023 WAREN ES 71 PROZENT.

hängige Medienlandschaft, eine unabhängige Justiz und ein funktionierender Parlamentarismus – sind stark beschnitten. Auch global geht die Tendenz hin zu mehr Autokratien. 2005 lebte noch die Hälfte der Weltbevölkerung in Autokratien, 2023 waren es bereits 71 Prozent.

### Wahlurne stoppt autoritäre Trends

Siege rechtspopulistischer Parteien sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. Trotz autoritären Trends in vielen Ländern kehrten etwa Polen, Slowenien, Tschechien und Brasilien durch Wahlen zurück zur liberalen Demokratie beziehungsweise sind auf bestem Weg dorthin. „Autoritäre Trends können

an der Wahlurne gestoppt werden. Dafür braucht es eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung vor den Wahlen und die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit nach den Wahlen“, erklärt Hauke Hartmann, Demokratie-Experte der Bertelsmann Stiftung in einer Aussendung.

Als letztes Mittel gilt die demokratische Zivilgesellschaft, die auf den Straßen demonstrieren geht und so politischen Druck aufbaut. Dieser Druck kann im Zusammenspiel mit Verfassungsgerichten oder Wahlbehörden freie Wahlen erzwingen und so politischen Einhalt autoritärer Figuren erzielen. Justiz, Medien und eine kritische Zivilgesellschaft sind gute Mittel gegen autoritäre Verschiebungen innerhalb von Demokratien, heißt es weiters von der Bertelsmann-Stiftung. Auch dem Parlament und den Parteien selbst komme eine wichtige Rolle zu. Denn sie prägen den öffentlichen demokratischen Diskurs mit. Was autoritären Tendenzen weiter Wind aus den Segeln nimmt, ist ein gestärktes soziales Miteinander. „Besonders der ländliche Raum, der von Abwanderung sowie sinkenden Arbeitsplätzen geprägt ist, braucht mehr Aufmerksamkeit“, erklärt Oliver Rathkolb. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch mehr Kulturangebote und soziale Netzwerke könnten der Unzufriedenheit dort entgegenwirken. Daneben sei Bildung auch ein Mittel gegen autoritäre Entwicklungen. Nicht nur formale Hochschulabschlüsse, sondern Angebote der Erwachsenenbildung und Fortbildungen geben das Rüstzeug an die Hand, nicht jedem Demagogen oder jeder Demagogin alles zu glauben.

*Edgar Subak war für die (alte) Wiener Zeitung, den Kurier und die Süddeutsche Zeitung tätig und ist Redaktionsmitglied im „etc. magazin“. Vor kurzem absolvierte er das Journalismus-Kolleg der Österreichischen Medienakademie.*

# „DIE DEMOKRATIE WIRD VON INNEN BEDROHT“

Wie groß ist die Gefahr von rechts? Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Gespräch über die engen Verbindungen der FPÖ mit rechtsextremen Gruppierungen wie den Identitären und die Unterhöhlung der Demokratie.

*Interview: Lotte Blumenberg*

**MO-Magazin:** Im September wird in Österreich gewählt. Die FPÖ führt die Wahlumfragen an und bekam auch bei der EU-Wahl im Juni die meisten Stimmen. Wie ordnen Sie diese starke Zustimmung ein?

**Bernhard Weidinger:** Die FPÖ hat sich in ihrer Geschichte bereits zweimal auf einem ähnlichen Niveau befunden, sowohl in Wahlergebnissen als auch in Umfragen, unter Haider und dann wieder unter Strache. Insofern ist es in gewisser Weise eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen. Bemerkenswert ist, unter welchen Bedingungen diese Rückkehr erfolgte: Einerseits ist die Regeneration nach der Ibiza-Affäre sehr schnell gegangen. Zum anderen ist dieser nunmehr dritte Aufstieg der FPÖ nicht wie die ersten beiden mit einer gewissen Mäßigung, zumindest in der Rhetorik,

einhergegangen, wie das unter dem späteren Haider und dem späteren Strache der Fall war, sondern eigentlich mit einer weiteren Radikalisierung der Partei.

**Ist die FPÖ als eine rechtsextreme Partei anzusehen?**

Zunächst ist zu klären, von welchem Rechtsextremismusbegriff man ausgeht.

---

**„DER AUFSTIEG DER FPÖ IST DIESES MAL MIT EINER WEITEREN RADIKALISIERUNG EINHERGEGANGEN“**

---

Versteht man, wie die Rechte selbst, Bereitschaft zu physischer Gewalt als ein notwendiges Kriterium, dann trifft das auf die FPÖ nicht zu. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man umfassendere Kriterien anlegt und die Frage stellt, wie

eine Partei oder Gruppierung zur Demokratie in inhaltlicher Hinsicht steht. Zur Demokratie gehören auch Minderheitenrechte, Pressefreiheit, Pluralismus, der Gleichheitsgrundsatz etc. Wer eine Einstufung der FPÖ als rechtsextrem argumentieren will, kann auf das Bekenntnis der Partei zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ verweisen, auf ihre systematische Ethnisierung des Sozialen, die Feindbildpflege etwa gegenüber Muslim:innen. Und nicht zuletzt auch auf ihre Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen im In- und Ausland, ihre Unterstützung rechts-extremer Medien sowie ihre weitgehende Angleichung an die Positionen und Rhetorik der Identitären Bewegung.

**SOS Mitmensch veröffentlichte im Juli 2024 ein Dossier über die zahlreichen**



**Verflechtungen zwischen der FPÖ und der rechtsextremen Szene in Österreich. In einem Interview im Mai 2024 sagten Sie, der Kurs der FPÖ werde mittlerweile von den Identitären geprägt. Was bedeutet das konkret?**

Es gelingt der Identitären Bewegung sehr stark, Begrifflichkeiten vorzugeben und Agenda-Setting zu betreiben. Vor allem die Freiheitliche Jugend ist mit den Identitären weitgehend verschmolzen, nicht personell-organisatorisch, aber in dem, was sie sagen und tun. Die FPÖ selbst verwendet inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit von den Identitären geprägte Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ und „Remigration“. Im Zuge der Potsdam-Affäre erklärte die FPÖ im Jänner in einer Presseaussendung, dass „Remigration das Gebot der Stunde“ sei. Die FPÖ nimmt unter Herbert Kickl die Rolle ein, die ihr von rechtsextremen Strategen seit Jahren zugeordnet war. Sie ist so etwas wie die parlamentarische Flanke einer Gesamtbewegung und unterstützt diese Bewegung nach Kräften, etwa durch Inserate in ihren entsprechenden Medien, Gastkommentare und Interviews in diesen Medien. Oder auch durch parlamentarische Anfragen, die zum Beispiel Gegner:innen der extremen Rechten ins Visier nehmen.

**2002 hat die damalige schwarz-blaue Regierung den Rechtsextremismusbericht abgeschafft. Nun soll es ihn wieder geben, verfasst vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Warum braucht es den Bericht?**

Es wird oft gesagt, gerade von rechts, von der FPÖ, es bräuchte diesen Bericht nicht, weil es den Verfassungsschutzbericht gäbe. Das sind aber zwei sehr unterschiedliche Dinge. Der Verfassungsschutzbericht hat den Anspruch, alle Bedrohungsquellen der verfassungs-



Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger sieht die äußerste Rechte in Österreich im internationalen Vergleich sehr stark vertreten.

mäßigen Ordnung in Österreich zu behandeln, von Rechtsextremismus über Dschihadismus bis hin zu Spionage. Dementsprechend bekommt jedes dieser Themen nur knappen Raum. Unser Bericht, den wir zum 1. Oktober an die Ministerien für Inneres und Justiz liefern, wird wesentlich umfangreicher werden und sich dem Rechtsextremismus analytischer und stärker in der Tiefe widmen.

**„DER IDENTITÄREN BEWEGUNG GELINGT ES, AGENDA-SETTING ZU BETREIBEN“**

**2023 gab es laut Innenministerium 1.208 rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Österreich, ein Anstieg von 30 Prozent gegenüber 2022 und ein Rekordhoch. Wie groß ist die Bedrohung durch Rechtsextremismus, auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern?**

Es gibt Länder, wo die Wahrscheinlichkeit, auf der Straße von Neonazis verprügelt zu werden, wesentlich höher ist als in Österreich. Aber natürlich ist

diese Gefahr stark davon abhängig, wer man ist. Für bestimmte Personengruppen, sichtbare Minderheiten etwa, ist Rechtsextremismus durchaus gefährlich im Sinne einer Bedrohung der physischen Integrität, auch in Österreich. Eine schwierigere Frage ist, wie gefährlich der Rechtsextremismus für die Demokratie an sich ist. In der parteiförmigen Ausdrucksform ist Österreich ein Land, wo die äußerste Rechte im internationalen Vergleich seit Jahrzehnten sehr stark ist. Heute geht die Bedrohung für die Demokratie weniger von Kräften aus, die sich in frontaler Gegnerschaft zur Demokratie positionieren, sondern von Kräften, die sich im Rahmen demokratischer Institutionen und Prozesse bewegen. Die Gefahr einer Unterhöhlung der Demokratie von innen ist größer als die Gefahr einer putschartigen Beseitigung von außen. Das gilt freilich nicht nur in Österreich.

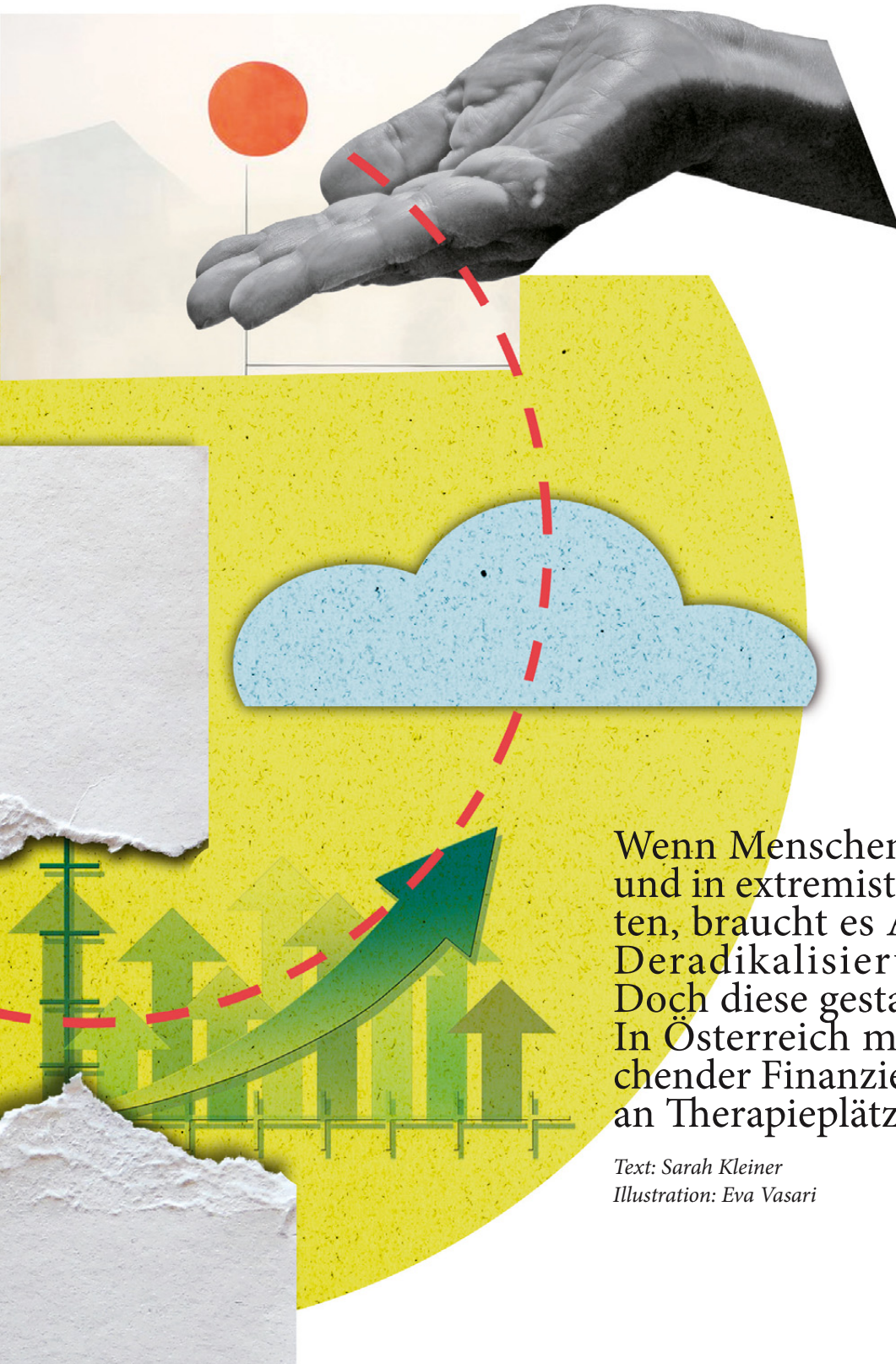
*Lotte Blumenberg ist freie Journalistin in Wien und schreibt u. a. für das Südwind-Magazin. Ihre Schwerpunkte sind Ungleichheit, Rassismus und Feminismus.*

# AUSSTIEGS



Wie aus der Radikalisierungsspirale rauskommen? Eine Haftstrafe alleine führt selten zu einer Distanzierung von Extremismus.

# VERSUCHE



Wenn Menschen sich radikalieren und in extremistische Szenen abgleiten, braucht es Ausstiegsarbeit und Deradikalisierungsmaßnahmen. Doch diese gestalten sich schwierig. In Österreich mangelt es an ausreichender Finanzierung, an Daten und an Therapieplätzen.

*Text: Sarah Kleiner*

*Illustration: Eva Vasari*

**B**oris kommt schon früh mit nationalsozialistischem Gedankengut in Berührung. Als er zwei Jahre alt ist, bringt ihm sein Vater den Hitlergruß bei. Boris lebt in Deutschland. Sein Vater ist bekennender Rechtsextremist, hat einschlägige Tattoos, ein Alkoholproblem und muss wegen Gewaltdelikten mehrmals ins Gefängnis. Als Jugendlicher driftet Boris selbst ins rechtsextreme Milieu ab. Er trinkt, geht in ein Boxtraining und fängt immer öfter Schlägereien an. Er sagt von sich selbst, er sei „autonomer Nationalsozialist“. Die Gewalt gebe ihm einen „Kick“. Nachdem Boris mit 17 Jahren einem anderen Jugendlichen dreimal mit einem Messer in den Oberkörper sticht, kommt er ins Jugendgefängnis. Die Geschichte von Boris wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Exit Europe“ 2021 festgehalten. Dort wird er als „Klient X“ bezeichnet, wir nennen ihn hier Boris. Nach der Haft kommt der deutsche Jugendliche in ein Distanzierungsprogramm und versucht, die rechtsextreme Szene zu verlassen. „Exit Europe“ untersuchte im Auftrag des österreichischen Innenministeriums, welche Methoden bei dieser sogenannten Ausstiegsarbeit förderlich sind. Denn eine Haftstrafe allein führt selten zu einer Distanzierung vom Extremismus, ganz im Gegenteil findet im Gefängnis häufig noch eine weitere Radikalisierung statt. Im Rahmen der Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit werden deshalb Antworten gesucht und erprobt.

### Ausgrenzung und Versagensängste

„Was wir in den Biografien der Personen sehen, die sich bereits im jüngeren Alter radikalieren, sind Ausgren-



„Unsere Klient:innen erlebten oft Beziehungsabbrüche, vor allem mit männlichen Bezugspersonen“, sagt Spiros Papadopoulos.

zungserfahrungen, sei es Versagen in der Schule oder keinen Anschluss zu finden“, sagt Spiros Papadopoulos, „auch Beziehungsabbrüche vor allem mit einer männlichen Bezugsperson – ob durch Ableben oder Trennungen – sind oft in den Biografien unserer

### „WIR SEHEN AUSGRENZUNGSEXPERIENZEN IN DEN BIOGRAFIEN DER RADIKALISIERTEN“

Klient:innen zu finden.“ Die Gründe für eine Radikalisierung seien vielschichtig, die Ideologie oder das extremistische Milieu könnten als Kompensation dienen, mit der Situation umzugehen. Eine wichtige Rolle spiele bei der Radikalisierung auch immer mehr das Internet und soziale Medien, in denen nach Antworten gesucht wird. Papadopoulos leitet die Wiener Niederlassung des Vereins Neustart, der in Österreich für die Bewährungshilfe zuständig ist und Menschen bei der Resozialisierung begleitet. Bundesweit sind dort bei Neustart ne-

ben religiös motivierten Extremist:innen etwa 190 Personen in Betreuung, die wegen des Verbotsgesetzes verurteilt wurden und damit dem rechten, teilweise auch rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind. Die Arbeit von Neustart zielt zuallererst auf die Abkehr von der Gewaltbereitschaft. Ideologien sind dabei oft zweitrangig. Denn die psychosozialen Faktoren, warum Menschen in den Extremismus abrutschen, ähneln sich. Ein geringes Bildungsniveau wird in unterschiedlichen extremistischen Szenen beobachtet, Alkohol- und Drogenkonsum sind fixer Bestandteil insbesondere des rechtsextremen Milieus. In den Biografien von Extremist:innen werden häufig Bedingungen im Aufwachsen beobachtet, die eine psychische und physische Gesundheit nicht gewährleisten. Vernachlässigung, Gewalt, Missbrauch – der Einstieg in ein extremistisches Milieu ist oft der Suche nach Sicherheit und Akzeptanz geschuldet. Ein Versprechen, das die Szenen zwar geben, aber nicht einhalten. „Was bei unserer Zielgruppe eine sehr wichtige Rolle spielt, sind therapeutische Maßnahmen“, sagt Papadopoulos. „Wir haben im Vergleich zu anderen EU-Ländern in Österreich Schwierigkeiten, therapeutische Stellen mit einem fachspezifischen Angebot für Extremismus zu finden, besonders im kommunalen Bereich.“

In einem „Nationalen Aktionsplan für Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (NEKP) hat die österreichische Regierung im Mai eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Erarbeitet wurden sie vom Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung, kurz BNED. Beteiligt waren neben Vertreter:innen unterschiedlicher Ministerien und vom

Staatsschutz (DSN) auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie Neustart oder die Beratungsstelle Extremismus in Wien. Zu den geplanten Maßnahmen zählen: Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung an Schulen, Förderung der gesellschaftlichen Resilienz durch Demokratiebildung, Ausbau der Jugendarbeit, mehr Beratungsangebote im Bereich Extremismus. Die Leiterin der Beratungsstelle Extremismus, Verena Fabris, kritisierte zuletzt nach dem Terrorverdacht rund um Taylor-Swift-Konzerte in Wien allerdings auf Ö1, dass die Finanzierung des Plans nicht ausreichend gesichert sei.

### Großer Forschungsbedarf

„Uns mangelt es im Bereich Rechtsextremismus an systematischer und empirischer Forschung, an Studien und Zahlen zu der Szene, vor allem im ländlichen Raum“, sagt Bianca Kämpf vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Das DÖW ist Mitglied des BNED, Kämpf äußert sich hier aber nicht als offizielle Sprecherin. „Es gibt keine institutionalisierte Ausstiegsarbeit in Österreich, daher wissen wir auch nicht viel über die Gründe, warum Menschen aussteigen wollen oder über die Anzahl dieser Menschen.“ Kämpf begrüßt, dass im Rahmen des Aktionsplans ein klares Bekenntnis zu mehr Forschung formuliert wurde. „Was ich aufgrund meiner Beobachtungen der rechtsextremen Szene sagen kann, ist, dass es selten passiert, dass Leute, die entweder seit einem langen Zeitraum involviert sind oder bereits einen sehr hohen Ideologierungs- und Überzeugungsgrad haben, sich abwenden und einen Sinneswandel durchleben.“



Bianca Kämpf vom DÖW sieht einen Mangel an Daten zu Personen der rechtsextremen Szene, vor allem im ländlichen Raum.

Ausstiegsarbeit begleitet Menschen aus der Szene – ein Prozess, der Jahre dauern kann. Dafür werden die Biografien der Klient:innen im Rahmen von Gesprächen beleuchtet. Die wesentlichste Grundlage ist Vertrauen zwischen Praktiker:innen und Klient:innen.

### „JE MEHR SZENE-EXTERNE KONTAKTE ES GIBT, DESTO LEICHTER GELINGT DER AUSSTIEG“

„Ausstiegsarbeit versteht sich als Teil der sozialen Arbeit und sollte in einigen Fällen von Psychotherapie begleitet werden“, sagt ein Berater der deutschen Ausstiegsberatung JUMP, der anonym bleiben möchte. Essentiell bei dieser Tätigkeit ist ein Sicherheitskonzept, das Mitarbeiter:innen und ihre Familien schützt. „Es gibt immer wieder Klient:innen, die eine psychische Erkrankung haben. In solchen Fällen muss man abwägen, inwieweit ein Ausstiegsprozess sinnvoll oder ob nicht eine Therapie davor zielführender ist“, sagt der Berater. Die Ausstiegsarbeit wird an

jede Person angepasst. Sie beinhaltet nicht nur das Abbauen der Gewaltbereitschaft und das Aufbauen eines Lebens, das mit einer pluralistischen Gesellschaft vereinbar ist, sondern zum Teil auch das Ändern des gesamten sozialen Umfelds. „Wir suchen im Ausstiegsprozess oft nach Menschen, zu denen Klient:innen bis zu einem gewissen Punkt noch eine ganz gute Beziehung hatten, alte Freund:innen, Bekannte, Verwandte.“ Je mehr Szene-externe Kontakte es gebe, desto leichter sei es für die Leute, auszusteigen.

Und was tun, wenn man selbst als Angehörige:r betroffen ist? „Das Wichtigste ist, den Kontakt zu halten“, sagt der deutsche Experte. Die rechtsextreme Szene neige dazu, Personen zu isolieren. Es solle nicht zugelassen werden, dass eine emotionale Entkopplung zwischen Angehörigen und Betroffenen stattfindet. „Man muss sich immer vor Augen halten, was einem die Person wert ist“, sagt er. Dabei helfe, sich zu fragen, ob man damit leben könnte, die Person einer solchen Szene zu überlassen.

Boris hat den Ausstieg nicht geschafft. Seine anfängliche Motivation – die Geburt seiner Tochter kurz nach der Haft – löste sich auf, als er sich von der Mutter des Kindes trennte. Der Kontakt zu seiner Tochter brach ab. Mit rund einem Jahr war das Programm zu kurz angesetzt für einen erfolgreichen Ausstieg. „Klient X“ und zahlreiche engagierte Praktiker:innen zeigen auf, wie wichtig weitere Forschung und ein Ausbau solcher Angebote ist.

*Sarah Kleiner lebt in Wien und arbeitet als Chefin vom Dienst beim Magazin „Arbeit und Wirtschaft“, das im ÖGB Verlag erscheint.*

# GESTERN CORONA, HEUTE DAS KLIMA?

Wie eine neue Teilöffentlichkeit und Verschwörungserzählungen dem Rechtsruck in die Karten spielen.

Text: Sophia Reiterer

**W**ährend der Covid19-Pandemie begannen einige Menschen, sich politisch zu engagieren, weil sie erstmals selber von Einschränkungen betroffen waren. Alltägliche Praktiken, wie ins Restaurant zu gehen oder einzukaufen, waren plötzlich politisch. Seither sind viele derjenigen, die damals gegen Maske, Lockdowns und Co. auf die Straße gingen, immer noch politisch aktiv und setzen sich für ihre ganz individuelle Freiheit ein – auch wenn diese auf die Kosten der Allgemeinheit oder der Demokratie geht, wie es die deutschen Soziolog:innen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey in ihrem Buch „Gekränkte Freiheit – Aspekte des libertären Autoritarismus“ (Suhrkamp, 2023) beschreiben. Angesichts der Komplexität verschiedener Krisen tendieren Menschen dazu, eine einfache Erklärung zu suchen. Bill Gates, China oder Reptiloiden sind dann schnell verantwortlich für Pandemien oder gesellschaftliche Ungleichheiten.

Doch wie sieht es heute damit aus? Die Bundesstelle für Sektenfragen führte bis September 2023 ein systematisches On-



Für ihre ganz individuelle Freiheit gingen Menschen während der Corona-Pandemie auf die Straße und vernetzten sich über Kanäle wie Telegram, die bis heute bestehen.

line-Monitoring von einem Netzwerk aus 287 Telegram-Kanälen durch, das während der Covid19-Pandemie entstanden ist. „Mit der Pandemie und dem Einsetzen der Maßnahmen sind die Kanalneugründungen auf Telegram in die Höhe geschneilt“, berichtet Felix Lippe, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundesstelle für Sektenfragen. Dadurch sei eine neue Teilöffentlichkeit entstanden, die es vorher in dieser Form noch nicht gegeben hatte. Telegram werde Lippe zufolge nicht nur

als Messenger genutzt, sondern vor allem als One-to-many-Kommunikationsform, in der etwa das rechtsextreme Medium „Auf1“ ein Video postet, das den 270.000 Abonnent:innen des Kanals in die Timeline gespült würde. „Widerspruch oder Diskussionen gibt es unter den Posts kaum“, merkt Lippe an. Auch nach den Lockdown-Zeiten bestehe das Netzwerk heute noch. „Wir sehen als häufigstes Thema den Widerstand gegen ein ‚repressives bzw. illegitimes System‘“, stellt Felix Lippe fest. Die Kanäle

versuchen, die Menschen zu mobilisieren, wieder auf die Straße zu gehen. Daher besetzen sie neue tagespolitische Felder: der russische Angriffskrieg in der Ukraine, Klima und Umwelt, Asyl und Migration sowie Gender und LGBTQIA+. Diese Themen werden in große Verschwörungserzählungen eingeflochten. „Asylsuchende und queere Menschen sowie Klima-Aktivist:innen werden dämonisiert und in den Erzählungen instrumentalisiert, um ein schwarz-weißes Weltbild zu zeichnen, ohne das Verschwörungstheorien nicht auskommen“, sagt Felix Lippe.

Auch im Digital Report des deutschen Else-Frenkel-Brunswik-Instituts und der Amadeu Antonio Stiftung vom Juni 2023 untersuchten die Autor:innen Telegram-Kanäle von rechtsextremen Akteur:innen. Obwohl die Studienergebnisse sich auf das deutsche Bundesland Sachsen beziehen, sind sie doch symptomatisch für die Verbreitung und Vernetzung von Verschwörungserzählungen. Sie decken sich auch mit den Ergebnissen des Online-Monitorings der Bundesstelle für Sektenfragen in Österreich. „In Verschwörungserzählungen werden immer neue Feindbilder identifiziert“, sagt Lippe. Wenn jemand zum Beispiel an die Erzählung des ‚großen Austauschs‘ glauben würde, demzufolge globale Eliten die europäische Bevölkerung durch ‚Migrationsströme‘ schwächen und ‚austauschen‘ wollen, „dann glaubt diese Person auch, dass Asylsuchende und Migrant:innen eine Gefahr darstellen.“ Für Menschen aus den Communities haben solche Annahmen realweltliche Konsequenzen: Sie werden öffentlich beleidigt oder angegriffen. „Extremistische Attentäter, wie etwa in Christchurch oder Hanau, beriefen sich in ihren Manifesten auf populäre Verschwörungserzählungen, um ihre Gewalt als ‚Selbstverteidigung‘ zu legitimieren“, gibt Lippe zu denken.



Bei Media Literacy dürfe man nicht auf ältere Zielgruppen vergessen, meint Felix Lippe.

2022 veröffentlichten die Soziolog:innen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey ihr Buch „Gekränkte Freiheit“. Mehrere Jahre lang befragten sie 1150 sogenannte Querdenker:innen in einer Online-Umfrage, führten 45 ausführliche Interviews, beobachteten viele Demonstrationen und analysierten verschiedene

### „EXTREMISTISCHE ATTENTÄTER BERIEFEN SICH AUF POPULÄRE VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN“

Telegram-Kanäle. Laut Autor:innen gehen Anhänger:innen des libertären Autoritarismus auf die Straße, um „lautstark für individuelle Freiheiten“ zu streiten: „Etwa frei zu sein von Rücksichtnahme, von gesellschaftlichen Zwängen – und frei von gesellschaftlicher Solidarität.“ Diese Strömung des libertären Autoritarismus, die im Zuge der Corona-Proteste richtig Fahrt aufgenommen hat, bietet Nährboden für rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien. Sie nehmen Themen und die Rhetorik auf und skandieren etwa wie AfD-Politikerin Alice Weidel: „Ich lass mir mein Schnitzel nicht wegnehmen.“ Auch Felix Lippe unterstreicht, dass rechte Parteien die Themen gezielt aufgreifen und zur Wähler:innenmobilisierung nutzen: „Verschwörungserzäh-

lungen, wie jene einer ‚Einheitspartei‘ aus SPÖ, ÖVP, Neos und Grünen, die mit den ‚Systemmedien‘ zusammenarbeiten, stützen das Bild von David gegen Goliath, das bei vielen Wähler:innen gut ankommt.“ Im Telegram-Netzwerk fänden sich Menschen aus ganz unterschiedlichen Milieus: Menschen, die sich mit Esoterik oder Spiritualität befassen, parlamentarische Parteien, Medien wie Auf1 oder Report24 und rechtsextreme Akteur:innen.

Schon allein durch die Größe einiger Kanäle würden demokratiefeindliche Ansichten in den gesellschaftlichen Diskurs gespült. Dabei ist es Lippe zufolge nicht so relevant, wie viele Menschen in Österreich Teil des Telegram-Netzwerks sind: „Ob das Telegram-Netzwerk eine kritische Masse ausmacht, haben wir nicht erhoben. Allerdings kann es durchaus sein, dass ein Video von Auf1 mehr Aufrufe erzielt als ein ORF-Beitrag.“

Auf einer gesellschaftlichen bzw. medialen Ebene sei es laut Felix Lippe wichtig, weiter hinzuschauen und die Szene zu beobachten. Vielleicht werde Telegram in einiger Zeit keine Rolle mehr spielen, aber die Szene werde sich weiterhin digital vernetzen. Wichtig seien auch digitale Ansätze aus der Extremismusprävention, die mit gezieltem Widerspruch in den Kanälen arbeiten. „Letztlich ist Media Literacy der Schlüssel“, meint Lippe. Die Zielgruppe von Medienbildung seien in der Vergangenheit oft Kinder und Jugendliche gewesen. „Eine wichtige Zielgruppe, nämlich Menschen über 45, wurde dabei vergessen und ist aktuell doch so relevant“, schließt der Experte.

*Sophia Reiterer ist Doktorandin der Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg und Projektmitarbeiterin bei Wissenschaft und Kunst. Ihre Themen sind Ungleichheit, Gender, Cultural Studies und Intersektionalität.*

# FRAUEN GEGEN RECHTS

Wie und warum sich Frauen in Österreich und Deutschland gegen Rechtspopulismus und Rechts-  
extremismus engagieren.

Text: Magdalena Pichler

**E**s ist glühend heiß um die Mit-  
tagszeit am Ballhausplatz in  
Wien. Vier Frauen halten ein  
Banner hoch. Es ist eine Mahnwache  
der „Omas gegen Rechts“, die auf die  
Situation von Menschen auf der Flucht  
aufmerksam machen. Seit 2020 fin-

## BEI POLITISCHER VERANTWORTUNG GEBE ES KEINEN RUHESTAND.

det fast täglich eine Mahnwache statt.  
„Wir stehen Montag bis Freitag, wenn  
möglich in zwei Schichten. Jede Schicht  
zwei Stunden, zwei Omas“, sagt Petra  
Hajek. Freundlich und bunt mit Hüten  
und Strickmützen sehen die Omas aus  
– doch stricken war gestern.



Von Montag bis Freitag, jeden Tag vier Stunden, halten die „Omas gegen Rechts“ eine Mahnwache am Wiener Ballhausplatz.

Monika Salzer gründete 2017, also zur  
Zeit der schwarz-blauen Regierung in  
Österreich, eine Facebookgruppe, aus  
der die Bewegung entstand. Sieben  
Jahre später sind sie die derzeit größte  
Frauenbewegung auf der Straße, wie die  
deutsche Zeitung „taz“ jüngst schrieb.  
In Österreich sind es laut Salzer über  
700 Vereinsmitglieder und an die 200

Aktivist:innen. Mittlerweile gibt es sie  
auch in anderen europäischen Ländern,  
etwa in Deutschland, wo die deutschen  
„Omas gegen Rechts“ mehr als 30.000  
Mitglieder in den bundesweiten und re-  
gionalen Facebookgruppen zählen.

### Anleitungen zum Widerspruch

In Deutschland macht sich auch eine



Frau besonders online gegen den Rechtsruck stark. Unter dem ironisierten Titel „die besorgte Bürgerin“ engagiert sich die Autorin, Politik- und Kommunikationsberaterin Franziska von Kempis gegen Falschinformationen, Vorurteile und Hetze. 2019 erschien ihr Buch „Anleitung zum Widerspruch: Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien“ (Mosaik Verlag). In ihrem Newsletter „Adé AfD“ gibt die ehemalige Journalistin Tipps gegen populistische und rechtsextreme Rhetorik im Alltag. Themen sind etwa „Zivilcourage im Job: Wie widerspreche ich rechtsextremen Parolen“ oder „Wie rede ich mit meiner Familie über die AfD“. Wichtig sei, sich bewusst zu machen, dass ein Teil der AfD-Wählerschaft keine Protestwähler:innen mehr seien. „Wir müssen aufhören, darüber als Protestwahl zu sprechen“, sagt die Autorin. Von Kempis ist auch Geschäftsführerin des Vereins Charta der Vielfalt, laut Eigenbezeichnung Deutschlands größte Arbeitgebendeninitiative zur Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt. Ihr Motto: Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, auch am Arbeitsplatz. „Gerade in der Arbeitswelt treffen Menschen mit ganz unterschiedlichen Meinungen und Haltungen aufeinander“, sagt sie.

### Motivation für das Engagement

Auch Johanna Walk findet es wichtig, dass sich alle gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen engagieren. Walk ist daher in verschiedenen Initiativen in Österreich tätig. Sie arbeitet im Rahmen von AwA\*, einem Kollektiv für Awarenessarbeit mit Nutzer:innen des öffentlichen Raums. Als Aktivistin ist sie bei der NGO „SOS-Balkanroute“, die unter anderem humanitäre Hilfe an den EU-Außengrenzen leistet.



Franziska von Kempis gibt in ihrem Newsletter Tipps gegen populistische Rhetorik im Alltag.

„Es ist besonders auch ein Thema für Frauen, finde ich, denn rechte Ideologien sind nicht nur rassistisch, sondern auch massiv sexistisch, patriarchal und frauenverachtend“, sagt sie. Ein Beispiel sei, dass weltweit Rechte versuchten, das Selbstbestimmungsrecht von Flinta-Personen (Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Personen) zu beschränken und etwa das Recht auf Schwangerschaftsabbruch attackierten.

### „RECHTE IDEOLOGIEN SIND MASSIV SEXISTISCH, PATRIARCHAL UND FRAUENVERACHTEND“

Auch Monika Salzer von den „Omas gegen Rechts“ wünscht sich ein Engagement von allen Seiten: „Es gibt keinen Ruhestand, was die politische Verantwortung betrifft.“ Ihre Mitstreiterin Petra Hajek war etwa in Lipa, Bosnien, wo es ein großes Flüchtlingscamp gibt. „Dort sah ich auch wilde Camps, zum Beispiel in einer Bauruine eine Familie mit drei kleinen Kindern. Es war am Abend noch kalt und es gab nur Pappkarton auf den Fenstern“, erzählt sie. Der menschenverachtende Umgang mit Geflüchteten sei für sie daher ein Grund, sich bei den Omas zu engagieren.

### Manches besser nicht lesen

Und wie geht es den Frauen, die sich in der Öffentlichkeit gegen rechtsextre-

me Tendenzen aussprechen, mit Hasskommentaren und Hasszuschriften? Die wirklich ekeligen Dinge lese sie oft nicht, sagt die deutsche Autorin Franziska von Kempis. Wenn doch, sei sie eine Vertreterin davon, Sachen zur Anzeige zu bringen. Was aber am meisten helfe: Ein starkes Netzwerk an Menschen, die man um Rat und Unterstützung bitten kann. Banden bilden und sich vernetzen, rät die Autorin.

Nicht nur in die Pension, sondern ins Grab würden manche aus der rechten Szene sich die Omas wünschen, erzählt Monika Salzer. Sie schreiben, die Omas würden so oder so bald sterben, dann sei dieses Problem erledigt. Nicht lesen, nicht einmal ignorieren, ist Salzers Umgang damit. Sie empfehle auch jüngeren Frauen, die im Internet aktiv sind, die Kommentare nicht zu lesen. Direkt bei den Mahnwachen der „Omas gegen Rechts“ gebe es manchmal intensivere Diskussionen mit vorbeigehenden Menschen.

Salzer freut sich aber, wenn etwa Jugendliche auf einem Schulausflug vorbeikommen und ihnen Fragen stellen. Die Omas seien ein Backup für die Jugend. Und die Jungen wüssten, dass Großeltern immer hinter ihnen stehen. Die andere Oma, Petra Hajek, ergänzt: „Wir freuen uns über jede Unterstützung, egal ob männlich, weiblich, alt oder jung.“

Heute stehen die Omas noch eine weitere Stunde in der prallen Sonne. Unermüdlich im Einsatz für die Vision einer Welt, die sie sich für die Jugend wünschen.

*Magdalena Pichler ist freie Journalistin mit einem Schwerpunkt auf Kultur und Gesellschaft. Sie studierte u. a. Journalismus an der FH Wien der WKW. Privat mag sie Natur, Literatur und Kuchen.*

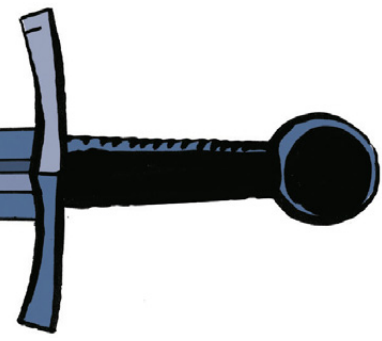


# AUFWACHEN IN EINER RECHTEN WELT

Wie lebt es sich in Zeiten eines sich immer stärker abzeichnenden Rechtsrucks in Österreich und Europa? Das MO-Magazin hat sich unter migrantischen, jüdischen und queeren Menschen umgehört.

*Text: Naz Küçüktekin*

*Illustration: P. M. Hoffmann*



\* beschönigend für: Deportation

Der von rechtsextremen Identitären - und mittlerweile auch von der FPÖ - verwendete Begriff „Remigration“ schwebt wie ein Damoklesschwert über Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen.

**A**n den alltäglichen Rassismus, wie er sagt, hat sich Tarek (Name von der Redaktion geändert) ja mittlerweile gewöhnt. Wenn er sein Fahrrad reparieren lassen will und der Ladenbesitzer meint, jemanden wie ihn betreue er nicht, nimmt er das eben hin. Wenn er im Straßenverkehr aufgrund seiner dunklen Haare und seines Bartes beleidigt wird, dann ist das für ihn kein Grund, die Fassung zu verlieren. So etwas könne er ignorieren. „Ich werde weiterhin an alle Menschen gleich her-

antreten“, sagt er. Die aktuelle politische Lage, die könne er allerdings nicht ignorieren.

Denn was bedeutet ein rechtes Europa für geflüchtete Menschen? Was bedeutet es, wenn Asylzentren in Länder wie Ruanda ausgelagert werden? Was bedeutet es für Familienzusammenführungen oder Abschiebungen, wenn die FPÖ in Österreich regiert? Das sind Fragen, die ihn beschäftigen. „Und für mich persönlich mache ich mir am meisten Sorgen um die Staatsbürgerschaft“, sagt er.

Tarek flüchtete vor circa zehn Jahren von Damaskus nach Österreich. Mittlerweile hat sich der 33-Jährige ein Leben hier aufgebaut, hat Freunde in Wien

### „ICH MACHE MIR AM MEISTEN SORGEN UM DIE STAATSBÜRGERSCHAFT“, SAGT TAREK.

und einen Job, den er gerne ausübt. Aktuell bereitet er sich darauf vor, die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen. „Das kann aber ein sehr langes Verfahren sein. Was passiert, wenn in der Zwischenzeit die FPÖ in die Regierung und es zu Gesetzesänderungen kommt?“, fragt er sich immer öfter. Berechtigterweise?

### Rechte Fantasien

Menschen wie Tarek werden von Parteien wie der FPÖ immer wieder zum Problem und Feindbild ernannt – ob in Reden oder auch ganz offiziell im Parteiprogramm. Im „Handbuch für Freiheitliche Politik“ wird etwa der Begriff „Minus-Zuwanderung“ beschrieben. Damit ist nichts weniger als die Forderung gemeint, die Einwanderung nach Österreich umzukehren und Migrant:innen sowie ihre Nachkommen zur Ausreise

zu bewegen. Den von rechtsextremen Identitären verwendeten Begriff „Remigration“ übernimmt die FPÖ mittlerweile auch vermehrt. Selbst nach der im Jänner 2024 vom deutschen Investigativmedium „Correctiv“ aufgedeckten rechtsextremen Veranstaltung in Potsdam distanzierte sich die FPÖ nicht von der Forderung nach „Remigration“. Parteiobmann Herbert Kickl erklärte ganz im Gegenteil, gegen den Begriff sei nichts einzuwenden.

Trotz oder auch genau wegen dieser Politik konnten die Freiheitlichen bei den zuletzt abgehaltenen EU-Wahlen viele Menschen überzeugen. In Österreich ging die FPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten Harald Vilimsky als stimmenstärkste Partei hervor. Bei den EU-Wahlen 2024 konnten Rechtsaußen-Parteien insgesamt in mehreren Mitgliedsländern erhebliche Stimmengewinne verzeichnen. In Frankreich ging der rechtsnationale „Rassemblement National“ um Marine Le Pen als klarer Sieger hervor. In Italien konnte Ministerpräsidentin Giorgia Melonis Partei „Fratelli d'Italia“ die Europawahl ebenfalls klar für sich entscheiden.

Als Patrioten für Europa (PfE) gründete das europäische Rechtsaußen-Lager nach den Wahlen eine Parlamentsfraktion. Dazu gehören neben der FPÖ unter anderem Parteien wie die ungarische FIDESZ, die tschechische ANO oder Frankreichs „Rassemblement National“. Die neu gegründete Fraktion ist künftig nach der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (SPE) die drittstärkste Kraft im neuen Europäischen Parlament.

### Vorgehaltener Spiegel

Für Steffi Stankovic sind diese Ergebnisse keine Überraschung. Sie ist als Influencerin und Aktivistin tätig. 1992 wur-



Die jüdische Sängerin Isabel Frey kritisiert den heimischen Antisemitismus, der von Rechten instrumentalisiert werde.

de sie in einem kleinen Dorf in Serbien geboren, zog mit 18 Jahren nach Wien und lebt seitdem als Trans-Frau. Vor allem für die Rechte von LGBTQI-Personen setzt sie sich on- wie offline ein. Über das politische Geschehen am Laufen zu bleiben, gehört hier dazu. Anders gesagt: Stankovic weiß eigentlich genau, wie es politisch und gesellschaftlich um Österreich aktuell steht. Als die Ergebnisse der EU-Wahlen begannen, einzutrudeln, machte sich bei ihr dennoch eine große Enttäuschung breit. „Zu sehen, wo wir als Gesellschaft wirklich stehen, ist dann doch sehr beängstigend“, sagt sie. Dass rassistische Parolen und Begriffe wie „Remigration“ immer lauter und salonfähiger werden, macht ihr große Sorgen.

„Die kommenden Nationalratswahlen haben einen sehr bitteren Geschmack. Die EU-Wahlen haben uns quasi einen Spiegel vorgehalten, was uns im Herbst erwarten könnte“, sagt Stankovic und fügt hinzu: „Das lässt einen schon fragen, was das für vulnerable Gruppen bedeutet.“ Denn für Stankovic ist klar: Für Minderheiten aller Art wird es mit dem Erstarken von Rechtsextremismus im-

mer schwieriger. „Das schlimmste Gefühl ist jenes, ausgegrenzt zu werden“, betont sie.

### Latenter Antisemitismus

„Das ist schon alles sehr bedrohlich“, findet auch Isabel Frey. Die jüdische Sängerin ist dafür bekannt, traditionelle jiddische Musik mit zeitgenössischen politischen Botschaften zu verbinden. Das Erstarken rechter Parteien in Europa und Österreich lässt sie grübeln, was das etwa für Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit bedeutet. Oder ob fortan mit mehr Militarisierung zu rechnen ist. „Wir wissen schließlich nicht, was da auf uns zukommt“, sagt sie.

Was ihr persönlich aber vor allem aufstößt, ist, dass Jüd:innen von Rechten instrumentalisiert werden. „Wenn vom importierten Antisemitismus gesprochen wird, wird genau das gemacht“, sagt Frey, die auch Teil der jüdisch-palästinensischen Friedensinitiative „Standing Together“ ist. „Da werden Gruppen gegeneinander ausgespielt. Juden gegen Muslime“, so Frey. Für sie lenke man mit solchen Narrativen aber vor allem vom eigenen Antisemitismus ab. „In

der Corona-Zeit hat man sehr gut beobachten können, wie eine alte Form des Antisemitismus wieder aufgekommen ist“, sagt sie. Dieser sei immer mehr oder weniger latent da.

### Hoffnungsschimmer

Für Isabel Frey wäre ein erster Schritt aus dieser Lage, mehr und anders miteinander zu sprechen: „Die hasserfüllte Sprache, die wir derzeit haben, müsste wieder zurückgenommen werden.“ Es brauche auch viel mehr ideologieübergreifende Bündnisse und Allianzen, wenn man gegen den Rechtsruck ankommen wolle.

Steffi Stankovic wünscht sich mehr Bildung, vor allem viel mehr politische Bildungsinitiativen: „Ich kenne so viele Menschen, die nicht wählen gehen.“ Sie sieht dabei die Verantwortung auch bei den Parteien selbst. „Das Vertrauen ist derzeit so gering. Ich denke, viele Parteien müssten mal reflektieren und einiges aufarbeiten“, so die Aktivistin.

Tarek ist dank Ereignissen wie jenen in Frankreich nicht ganz hoffnungslos. Nach den EU-Wahlen und dem Sieg des „Rassemblement National“ unter Marine Le Pen hatte dort der französische Präsident Emmanuel Macron Neuwahlen ausgerufen. Der rechtspopulistischen Partei wurde die absolute Mehrheit im Parlament im Grunde schon vorhergesagt. Doch dann ging das Linksbündnis „Nouveau Front Populaire“ überraschend als stärkste Kraft aus der Wahl hervor. Diese hatte sich strategisch geformt, um einen Rechtsruck zu verhindern. „Das zeigt, dass es vielleicht doch auch anders geht“, ist Tarek zuversichtlich.

*Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.*

## FRAUENRECHTE

# Wenn es doch passiert

In Österreich steht Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch, seit 50 Jahren wird er nicht mehr bestraft. Wie ist es, in einem Land einen Abbruch zu haben, in dem das bis heute illegal ist?

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

**I**ch dachte immer, das passiert nur den anderen, nicht mir“, sagt Johanna. Sie war Anfang zwanzig, als sie erfuhr, dass sie schwanger ist. Frisch aus dem Elternhaus ausgezogen, am Anfang einer Beziehung, eine belastende Zeit. Trotz Pille zeigt der Test

„Schon als Jugendliche wusste ich, dass ich keine Kinder möchte“, sagt Johanna.

ein positives Ergebnis. „Schon als Jugendliche sagte ich immer zu meinen Freundinnen, dass ich keine Kinder möchte“, erzählt sie. Mit ihrem damaligen Partner vereinbart Johanna, dass jede:r von ihnen eine Stimme bekomme: Er, sie und auch ihr Körper, der die Schwangerschaft austragen würde. Das Ergebnis: Drei Stimmen dagegen. Johanna macht sich online auf die Su-



Die Initiative „Aus Prinzip“ setzt sich für die Streichung des Paragraphen 96 aus dem Strafgesetzbuch ein, der Schwangerschaftsabbruch bis heute illegalisiert.

che nach Informationen zum Abbruch. Dort stößt sie sofort auf viele Seiten von Abtreibungsgegner:innen. Es würden viele Falschinformationen kursieren. „Gerade mit Fotos aus viel späteren Schwangerschaftswochen werde Druck erzeugt“, berichtet Johanna. Als sie zu ihrer Frauenärztin geht, fragt diese sie mehrmals, ob sie sich wirklich sicher sei. Danach bekommt sie eine Liste mit Kliniken. Ihr damaliger Partner begleitet sie – keine Selbstverständlichkeit wie sie später im Aufwachraum feststellt, wo die anderen Frauen alleine sind. Auch die Klinik nutzt die Chance und gibt ihnen einen Fragebogen. Es seien so selten Paare gemeinsam da.

### Eine Straftat

In Österreich steht Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch: Laut Paragraph 96 ist ein Abbruch mit einer Freiheits- oder Geldstrafe zu bestrafen. Paragraph 97 legt Ausnahmen fest, wann dieser straffrei ist. Dazu zählt unter anderem, dass ein Abbruch innerhalb der ersten drei Monate nach ärztlicher Beratung möglich ist. Im November 1973 wurde diese sogenannte Fristenregelung verabschiedet. Zuvor wurden Abbrüche mit bis zu fünf Jahren „schwerem Kerker“ bestraft. Seit 1975 ist die Fristenregelung gültig. Heute werden rund 30.000 Abbrüche pro Jahr in Österreich vorgenommen. So schätzt es zumindest Christian Fiala, Gynäkologe und Begründer des Ambulatoriums Gynmed, aufgrund der Zahlen in seiner Klinik. In Österreichs Kliniken kommen dabei auch Frauen aus naheliegenden Ländern, wie Polen oder Ungarn, wo noch restriktivere Gesetze gelten. Sie werden hier von Ehrenamtlichen der Initiative „Ciocia Wienia“ („Tante aus Wien“) unterstützt. Organisationen, die sich abtreibungskritisch zeigen, fordern im-



Ärztin Mirijam Hall äußert sich auch in der Öffentlichkeit zu Schwangerschaftsabbruch. Dafür wird sie angefeindet, erntet Hasskommentare und Drohbriefe. Aufhören ist für sie dennoch keine Option.

mer wieder Erhebungen, wie viele und warum sich Frauen gegen die Schwangerschaft entscheiden. „Warum Frauen das tun, ist erforscht“, sagt Pamela Huck von der Initiative „Pro Choice Austria“. Dazu gehöre, dass der Zeitpunkt nicht passe, keine Kinder gewollt seien, die Partnerschaft unglücklich mache oder die Familienplanung bereits abgeschlossen sei. Wenn man die Anzahl erheben wolle, ginge das, wenn etwa die Krankenkasse die Kosten übernehmen wür-

### In Österreich kostet der Schwangerschaftsabbruch zwischen 380 und 800 Euro.

de. In Österreich kostet der Abbruch zwischen 380 und 800 Euro – je nach Bundesland und je nachdem, ob er in einem öffentlichen Krankenhaus oder einer Privatklinik durchgeführt wird. Johanna zahlte rund 500 Euro in einer Wiener Klinik: „Eine Menge Geld für mich damals als Studentin.“ Die Möglichkeit einer staatlichen Kostenübernahme in finanziellen Notlagen gibt es derzeit nur in Wien durch die MA 40, das Magistrat für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht. Um auch andere Mädchen und Frauen zu unterstützen,

die sich einen Abbruch sonst nicht leisten könnten, bildete sich deshalb 2018 der Verein „CHANGES for Women“. Anlass war der Fall einer Minderjährigen aus Niederösterreich, die durch eine Vergewaltigung schwanger wurde, und deren Familie einen Abbruch nicht bezahlen konnte. Es wurden privat Spenden gesammelt, später formierte sich der heutige Verein. „Unsere Arbeit basiert auf dem Solidaritätsgedanken“, sagt

Der Verein „CHANGES for Women“ berät mehrsprachig und unterstützt Mädchen und Frauen, die sich keinen Abbruch leisten können.





Weg mit dem Paragrafen: Unterstützer:innen der Initiative „Aus Prinzip“ zerschneiden Ende November 2023 symbolisch den Paragrafen 96 des Strafgesetzbuches.

Isabel Tanzer von „CHANGES for Women“. Seit Beginn hätten sie rund 800 Frauen unterstützt. Allein im letzten Jahr kamen 400 Anfragen, knapp 250 Personen wurde etwas zugezählt oder der Abbruch ganz übernommen.

### Druck und Scham

„Ich habe keinen Tag an meiner Entscheidung gezweifelt“, sagt Johanna heute. Nach dem Abbruch habe sie sich aber schlecht gefühlt, auch weil sie wusste, sie hatte eigentlich eine Straftat begangen. „Warum darf mir eine Gesellschaft und ein Staat so ein schlechtes Gewissen machen?“, fragt sie. Johanna will keine genauen Angaben über sich in der Zeitung lesen. Das Thema ist bis heute ein gesellschaftliches Tabu. Als Johanna begann, im Freundeskreis darüber zu sprechen, erzählten einige Frauen, sie hätten auch schon einen Abbruch gehabt. „Das war überraschend für mich“, sagt Johanna. Sie wünsche sich mehr Personen, die über das Thema sprechen – auch öffentlich.

Zu diesen Personen zählt Mirijam Hall. Sie ist Assistenzärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Klinik Ottakring, wo sie auch Abbrüche vornimmt. „Es ist ein Menschenrecht, über seinen eigenen Körper bestimm-

men zu dürfen“, sagt Hall. Sie spricht deshalb über Schwangerschaftsabbrüche, etwa bei Veranstaltungen der Initiative „Aus Prinzip“. Diese ist ein Zusammenschluss von NGOs, Privatpersonen sowie Politiker:innen der SPÖ und der Grünen, der sich seit letztem Jahr für die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch einsetzt. „Man braucht eine dicke Haut, wenn man sich in der Öffentlichkeit dazu äußert“, sagt die Ärztin. Un-

---

**„Man braucht eine dicke Haut,  
wenn man sich öffentlich  
zum Thema Schwangerschafts-  
abbruch äußert“**

---

ter anderem sei ein sehr aktiver Abtreibungsgegner aus Deutschland auf sie aufmerksam geworden. Er stellte Kontaktdaten und Fotos von ihr und ihrer Familie, darunter von ihrem kleinen Sohn, auf seine Webseite, bezeichnete Hall als „Henkerin von Ottakring“ und stellte Holocaust-Vergleiche an. Seine Anhänger:innenschaft versah sie mit Hassnachrichten und Drohbriefen. „Ich bin mit meinem Dienstgeber, der sehr unterstützend ist, sämtliche Klagswege gegangen“, erzählt die Ärztin. Noch sind Verfahren anhängig, zumindest einige

Aussagen musste der Webseiten-Betreiber bereits vom Netz nehmen. Hall empfiehlt Betroffenen, eine Auskunftssperre machen zu lassen und sich ein Netzwerk an unterstützenden Menschen zu suchen, etwa bei „Aus Prinzip“ oder der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung. Sie lese heute nicht mehr alle Nachrichten und gehe auch nicht mehr allein auf Veranstaltungen, wo es um das Thema geht.

### Hoffnung auf Änderung

Auch Johanna ist vorsichtig, wem sie von ihrem Abbruch erzählt. Auf Social Media kommentiert sie ab und zu Posts von anderen, äußert sich aber nicht zu ihren eigenen Erfahrungen. Hoffnung geben ihr hingegen Entwicklungen in einigen EU-Ländern. So nahm Frankreich dieses Jahr das Recht auf Abtreibung in die Verfassung auf. Deutschland strich vor zwei Jahren das sogenannte Werbeverbot, das zuvor das Anbieten, Ankündigen oder Anpreisen von Schwangerschaftsabbrüchen untersagt hatte. Auch auf europäischer Ebene formieren sich Initiativen. So knackte die EU-Bürger:inneninitiative für einen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen „My Voice, My Choice“ im August in zehn Ländern die Gültigkeitshürde. Auch Österreich überschritt die Schwelle von 13.395 Unterschriften. Bis nächsten April muss EU-weit eine Million gesammelt werden, damit das Anliegen auf höchster EU-Ebene behandelt wird. Momentan steht die Petition bei etwas mehr als der Hälfte an notwendigen Unterschriften. „Vielleicht kommt es so eines Tages auch dazu, dass der Paragraf in Österreich endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird“, sagt Johanna. Dies scheinbar machbar, wenn nicht nur ein paar Frauen, sondern die ganze Gesellschaft dies fordere.

## DEMOKRATIEFRAGE

# Für viele keine Wahl

In Österreich sind mehr als 1,5 Millionen Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Diese zu erlangen, ist mit vielen Hürden verbunden. SOS Mitmensch war dazu mit dem Projekt „Demokratie für alle“ in der Wiener Schule Anton-Krieger-Gasse.

TEXT: SALME TAHA ALI MOHAMED

**M**it ihren 16 Jahren ist Amra Iseni im wahlfähigen Alter. An der Nationalratswahl am 29. September darf sie aber trotzdem nicht teilnehmen. Denn, obwohl sie in Wien geboren ist und hier ihr ganzes bisheriges Leben verbracht hat, ist die Schülerin keine österreichische Staatsbürgerin. Stattdessen hat sie wie ihre Eltern die mazedonische Staatsangehörigkeit.

Mit diesem Problem ist Amra jedoch nicht alleine, wie sie heute in der Schule erfährt. Dort, in der Anton-Krieger-Gasse 25, veranstaltete SOS Mitmensch im Juni in Zusammenarbeit mit der Agentur Müllers Freunde und der Arbeiterkammer den Workshop „Demokratie für alle“. Die Schüler:innen lernten, wie Demokratie funktioniert, wie man die Staatsbürger:innenschaft erhält und wer wählen darf.

Laut Statistik Austria waren am 1. Jänner 2024 mehr als 7.754.769 Personen in Österreich über 16 Jahre alt. Doch tatsächlich wählen dürfen nur rund 81 Prozent. Die restlichen 19 Prozent sind von diesem Recht ausgeschlossen, weil

sie die österreichische Staatsbürgerschaft nicht haben. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahrzehnten rapide angestiegen. 2004 waren noch etwas mehr als sieben Prozent der österreichischen Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Heute sind es fast dreimal so viel. In manchen Gemeinden ist dieser Missstand größer als in anderen. So besaßen 2023 beispielsweise in Wien mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft

---

**Dieses Jahr dürfen nur  
rund 81 Prozent  
der Menschen im  
wahlfähigen Alter wählen.**

---

– laut dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien betraf das über 40 Prozent der Bewohner:innen in den Bezirken Margareten, Favoriten, Brigittenau und Rudolfsheim-Fünfhaus. In Wels betrug der entsprechende Bevölkerungsanteil laut Statistik Austria etwa 32 Prozent, in Innsbruck 31 Prozent, in Linz und Graz jeweils 29 Prozent.

Das stellt die heimische Demokratie

vor ein großes Problem. Denn es bedeutet, dass sich eine immer weiter steigende Anzahl hier lebender Menschen an vielen demokratischen Prozessen, wie Wahlen, Volksabstimmungen oder -befragungen, nicht beteiligen können. EU-Bürger:innen können die Bezirksvertretung wählen. Für alle anderen Betroffenen ist nur die Teilnahme an Petitionen möglich.

„Ich will weiterhin in Österreich leben und finde es deswegen nicht gut, dass meine Staatsbürgerschaft mich davon abhält, über meine Zukunft zu entscheiden“, gibt Olivia Wierzbowska zu bedenken. Sie ist Amras Mitschülerin in der Anton-Krieger-Gasse und wurde in Polen geboren. Seit sieben Jahren lebt sie in Wien. Für das Wahlrecht wäre sie auch bereit, die österreichische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Doch der Weg dorthin ist mit vielen Hürden und auch mit hohen Kosten verbunden.

## Zahlreiche Hürden

Grundsätzlich gilt in Österreich das sogenannte Abstammungsprinzip. Dieses besagt, dass man automatisch die Staats-





Olivia Wierzbowska und Amra Iseni besuchen die Schule Anton-Krieger-Gasse in Wien. Sie würden gerne in dem Land mitbestimmen, in dem sie leben, zur Schule gehen und später arbeiten möchten.

bürgerschaft bekommt, wenn zumindest einer der Elternteile diese besitzt. Alle anderen müssen diese beantragen. Gleichzeitig sind die Voraussetzungen zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft so strikt, dass sie für manche Personen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Zum einen muss man bereits sechs bis zehn Jahre legal und ununterbrochen im Land gelebt haben. Zum anderen muss man nachweisen können, dass man über einen längeren Zeitraum über ein regelmäßiges eigenes Einkommen verfügt. Dieses muss über dem „Ausgleichszulagenrichtsatz des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes“ liegen und darf nicht mithilfe von Sozialleistungen erreicht werden. Heuer beträgt die Grenze für Alleinstehende 1.217,96 Euro und für Familien in einem gemeinsamen Haushalt 1.921,46 Euro, wobei dazu noch ein Großteil der Wohnkosten und auch Kreditraten hinzugerechnet werden muss. Pro Kind müssen weitere 187,93 Euro netto Einkommen pro Monat nachgewiesen werden. Auch der Prozess an sich kostet Geld: Zusätzlich zur Antragsgebühr

von 130 Euro müssen für den Erhalt der Staatsbürgerschaft sowohl Bundes- als auch Landesgebühren bezahlt werden, die sich, abhängig vom Bundesland, auf über 2.000 Euro pro Person summieren können. Wenn man über 14 ist, muss man zudem B1-Deutschkenntnisse vorweisen und einen Wissenstest zu den

**„Ich wünschte, es wäre einfacher für Menschen wie mich, die hier geboren wurden und hier leben wollen“**

Grundkenntnissen der demokratischen Ordnung und der Geschichte Österreichs absolvieren. Und: Man muss seine bisherige Staatsbürgerschaft zurücklegen. Angesichts dieser vielen Hürden fordern Organisationen wie SOS Mitmensch, dass die Einbürgerung erleichtert und das Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft getrennt wird. Demnach sollen etwa alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz seit rund drei Jahren in Österreich haben, auch wählen können. SOS Mitmensch veranstaltet dazu auch seit 2013 die „Pass Egal Wahlen“. Die

Veranstaltungen finden im Vorfeld von großen Wahlen – beispielsweise der anstehenden Nationalratswahl – statt und erlauben allen in Österreich lebenden Personen, unabhängig ihres Passes, symbolisch ihre Stimme abzugeben. Zur Wahl stehen die gleichen Parteien und Kandidat:innen wie auch beim offiziellen Urnengang. Die „Pass Egal Wahlen“ sollen die offiziellen Wahlen „vervollständigen“ und Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, die symbolische Möglichkeit der Beteiligung geben.

Amra und Olivia von der Anton-Krieger-Gasse wollen dieses Mal auch bei der „Pass Egal Wahl“ mitmachen. Davon erfahren haben sie im Demokratie-Workshop. Ihre Erkenntnisse verarbeiteten und präsentierten die Schüler:innen in einer eigenen Zeitung und einem Video.

„Bei uns gibt es viele Kinder, die nicht wählen dürfen. Deswegen war es uns wichtig, auf dieses Thema aufmerksam zu machen“, erklärt Schuldirektor Michael Fleck. „Ich habe gelernt, wie schwer und teuer es ist, eine Staatsbürgerschaft zu bekommen“, resümiert Amra nach dem Workshop. Und: „Ich wünschte, dass es einfacher wäre, vor allem für Menschen wie mich, die hier geboren wurden, zur Schule gehen, und arbeiten und bleiben wollen.“

*Salme Taha Ali Mohamed* schrieb unter anderem für das biber Magazin, Social Attitude und das uni:view-Magazin der Uni Wien. Aktuell arbeitet sie als Redakteurin für die Wiener Bezirkszeitung.

SCHÜLER:INNEN-SEITE

# Die Bedeutung des Wahlrechts: Jugendliche im Dialog

INTERVIEW: LEE GAISSMAIER-HEINDL



Ungleiche Rechte: Pauline Almer hat das Wahlrecht in Österreich, Emma Wiederhold nicht. Beide finden, dass Wählen gehen kein Privileg sein sollte.

**D**ürfen Sie wählen? Das Wahlrecht, welches für viele in Österreich selbstverständlich ist, steht nicht allen zu, die hier leben. Wir haben zwei Jugendliche zu diesem Thema interviewt: Pauline Almer (17) hat die österreichische Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht in Österreich. Emma Wiederhold (16) hat dieses Recht jedoch nicht.

**Findet ihr es wichtig, wählen zu dürfen? Warum?**

*Pauline Almer:* Ja, ich finde es sehr wichtig, dass ich wählen gehen darf, um meine Meinung einfließen zu lassen. Meine Stimme soll auch die Politik beeinflussen, weil sie mein tägliches Leben bestimmt. Ich möchte in der Lage sein, ein Mitspracherecht zu haben. Deswe-

gen ist es wichtig, wählen zu gehen.

*Emma Wiederhold:* So wie du gesagt hast, finde ich auch, dass wählen wichtig für die Allgemeinheit ist. Wir leben in einer Demokratie, in der wir das Recht haben sollten, unsere Zukunft zu bauen. Ich bekomme von Freund:innen, die wählen dürfen, mit, dass sie sich mehr mit Politik auseinandersetzen. Das fin-

de ich wichtig, weil Politik eines der größten Themen in unserer Welt ist. Wenn niemand wählen geht, werden wir niemals in einer Welt leben, wo alle zufrieden sind.

### Siehst du, Pauline, es als ein Privileg an, dass du wählen darfst?

*Pauline:* Ich sehe es aktuell als ein Privileg an, wählen gehen zu dürfen, da mir auch bewusst ist, wie viele Leute in meinem eigenen Umfeld kein Wahlrecht haben. Meiner Meinung nach sollte es kein Privileg sein.

### Wie fühlt es sich für dich, Emma, an, nicht wählen zu dürfen?

*Emma:* Als eine Jugendliche, die nicht wählen darf, bekomme ich mit, wie aufregend es ist, zum ersten Mal zu wählen. Das fehlt mir schon. Es fühlt sich einfach merkwürdig an, dass nur, weil in meinem Pass „Deutschland“ steht, ich von Wahlen in Österreich ausgeschlossen werde.

### Pauline, wie fühlt es sich für dich an, wählen zu dürfen?

*Pauline:* Es ist ein Gefühl der Macht. Es ist ein sehr schönes Gefühl, aber auch recht überfordernd, weil es eine große Entscheidung ist. Trotzdem fühlt es sich gut an.

*Emma:* Wir wissen, dass unsere Gesellschaft und unsere Politik ganz anders aussehen würden, wenn alle wählen dürften. Es gibt so viele Menschen, die sich für ihre Zukunft interessieren, inklusive mir selbst, und es ist ungerecht, dass ich nichts mitbestimmen darf. Ich würde gerne ein Teil davon sein.

### Emma, was sollte sich deiner Meinung nach in der Politik bezüglich des Wahlrechts ändern?

*Emma:* Ich finde, dass alle Menschen, die schon seit einem bestimmten Zeitraum in Österreich leben, ein Wahlrecht haben sollten. Es soll unabhängig von der Staatsbürgerschaft sein, dasselbe wünsche ich mir auch für die EU-Wahl. Beispielsweise bin ich in Wien geboren und habe nur hier einen Bezug zu Politik. Deswegen möchte ich auch hier wählen dürfen.

## UMFRAGE



„Es sollten jene auch wahlberechtigt sein, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben – nicht nur die, die den österreichischen Pass haben.“

*Moritz, 30, hat einen österreichischen Pass*



„Unter Vorbehalt, dass man aktiver Teil der Gesellschaft ist oder eine gewisse Zeit in Österreich gelebt hat, sollte man auch wahlberechtigt sein.“

*Ester, 32, hat einen deutschen Pass*

*Interviewer: Jeronimo Macele*

## 5 FAKTEN zum Wahlausschluss

1. In Österreich gibt es 50.407 Schüler:innen, die im Wahlalter sind, jedoch von der Wahl ausgeschlossen sind. Das sind 16,8 Prozent!
2. Um eine Staatsbürgerschaft zu erlangen, muss man als Alleinstehender 1.217,96 Euro und als Ehepaar 1.921,46 Euro plus einen Großteil der Wohnkosten und sonstiger regelmäßiger Aufwendungen verdienen.
3. Laut AMS-Gehaltskompass gibt es 1.500 Berufe, wo das Einstiegsgehalt – selbst bei Vollzeit! – nicht ausreicht.
4. Um eine Staatsbürgerschaft zu erlangen, darf man keine Nähe zu terroristischen oder extremistischen Gruppierungen haben.
5. Wer nach einer absichtlich begangenen Straftat zu einer endgültigen Freiheitsstrafe (mehr als 5 Jahre, ohne Bewährung) verurteilt wurde, wird von Wahlen ausgeschlossen.

Fakten zusammengestellt von  
Flora Weinegg & Franziska Schönherr

## PORTRÄTS

# Stützen der Gesellschaft

Sie mussten aus ihrem Heimatland flüchten und fast alles zurücklassen. Jetzt arbeiten sie in Österreich in systemrelevanten Berufen. In der Porträtreihe „Stützen der Gesellschaft“ erzählen geflüchtete Menschen, wie sie unter oft sehr schwierigen Bedingungen einen Neuanfang geschafft haben.

REDAKTION: SONJA KITTEL, FOTOS: MICHAEL PÖRTL



Sharifa Hussaini machte in Afghanistan die Ausbildung zur Hebamme und arbeitet in Österreich zurzeit als Pflegekraft.

## Sharifa Hussaini

„Ich lebe seit vier Jahren in Österreich. Mein Mann war schon 2015 aus Afghanistan geflüchtet und hat mich dann über die Familienzusammenführung nach Graz geholt. Zwei Monate später bekam ich meinen positiven Asylbescheid. Ich hatte in Afghanistan eine zweijährige Ausbildung zur Hebamme gemacht und dann ein Jahr in einem privaten Krankenhaus gearbeitet, deshalb wollte ich auch hier etwas im medizinischen Bereich machen. Meine Ausbildung wurde in Österreich jedoch nicht anerkannt. Ich machte also zuerst Deutschkurse und arbeitete für ein Jahr in einem Supermarkt. Dann meldete ich mich für einen ‚Migrants Care‘-Kurs des

Roten Kreuzes an, der auf einen Beruf in der Pflege vorbereitet.

Ich habe dann eine Ausbildung zur Pflegeassistentin am LKH Graz gemacht. In meinem Beruf bin ich für alle pflegerischen Dinge zuständig, zum Beispiel

**„Ich dachte, vielleicht kann ich irgendwann zurück nach Afghanistan, aber die Situation wird immer schlimmer“**

die Körperpflege, einfache Wundversorgung oder die Koordination medizinischer Termine. Auch Pharmakologie gehört zu unserer Ausbildung. Im Pflegebereich gibt es einen großen Personalmangel, daher ist es nicht

schwer, eine Stelle zu finden. Ich will jetzt zwei, drei Jahre arbeiten, um noch besser zu werden, und dann die Weiterbildung zur Pflegefachassistentin machen. Und wenn ich dann noch motiviert bin, mache ich noch die Ausbildung zur diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegerin.

Nach meiner Flucht dachte ich erst, dass ich vielleicht irgendwann nach Afghanistan zurückkehren könnte, aber die Situation wird von Tag zu Tag schlimmer. Bevor ich wegging, arbeitete ich drei Jahre als Fernsehmoderatorin. Heute wäre das unvorstellbar. Frauen dürfen keine Ausbildung machen, nicht in die Schule, nicht arbeiten. Ich habe noch viele Verwandte und Freunde dort und

es macht mich sehr traurig, wie schlecht es ihnen geht.

Anderen Geflüchteten, die in Österreich ankommen, gebe ich den Tipp, schnell mit dem Deutschlernen zu beginnen und eine Ausbildung zu machen oder zu arbeiten. Auch der Wertekurs des ÖIF war hilfreich, um zu verstehen, wie die Gesellschaft hier funktioniert. Ich bin froh und dankbar, dass ich in diesem Land lebe, weil ich hier sicher bin und so viele Möglichkeiten habe.“

### Ayad Salim

„Ich bin 54 Jahre alt und komme aus dem Irak. Dort war ich als Journalist tätig, was letztlich der Grund für meine Flucht war. Ich hatte im Irak ein Studium in Englisch, Arabisch und Philosophie abgeschlossen und ein Basis-Diplom in Psychologie und Ernährung und Medizin gemacht. Mein Ziel war es eigentlich, Apotheker zu werden, doch das Schicksal hat mich zum Journalismus gebracht. Mein erster Job war beim deutschen Magazin DER SPIEGEL. Dann verschlug es mich zum Fernsehen. Über 20 Jahre arbeitete ich für verschiedene in- und ausländische Fernsehkanäle.

Nach 2003 waren viele Milizen im Irak und wir konnten nicht mehr objektiv berichten. Auch die Korruption schlug um sich. Es gab zwei Mordanschläge auf mich und da wusste ich, ich muss gehen. Jemand schickte mir eine Einladung für eine Veranstaltung in der Türkei und ich konnte damit ausreisen. Von dort ging es weiter Richtung Österreich. Ich war 45 Tage im Winter zu Fuß unterwegs, über Bulgarien, Serbien und Ungarn, bei Temperaturen von bis zu -20°C. Über die Grenzen wurden wir in Kleinbussen gebracht, wo an die dreißig Leute in einem Auto für sieben Personen eingepfercht waren. Physisch, aber auch psychisch war die Lage prekär. Ich wusste nicht, wo ich bin, was mit mir passiert, mein Leben war in Gefahr und ich war unterwegs in eine unbekannte Zukunft. Die netteste Fahrt war die letzte. Wir



Ayad Salim war im Irak Journalist. In Österreich arbeitet er nun bei der ÖBB. Neben dem Job musiziert er als Percussionist und schreibt Bücher.

waren nur 12 Personen, Iraker, Syrer und Pakistani, in einem Bus für sieben. Das war fast Luxus. Auf der Autobahn neben einer Tankstelle stoppte der Fahrer plötzlich und sagte ‚Out, Go, Go, Österreich!‘ Wir sind dann gleich in die Tankstelle und haben uns Kaffee und Zigaretten gekauft und es war eine kurze Erinnerung an das alte Leben. Im Irak hatte ich ein hohes Gehalt und einen hohen Lebensstandard, und dann hatte ich nichts mehr.

---

**„Im Irak hatte ich ein hohes Gehalt und einen hohen Lebensstandard, und dann hatte ich nichts mehr“**

---

Ich war vier Tage in Traiskirchen und kam dann in ein Flüchtlingscamp nach Salzburg. Nach zehneinhalb Monaten bekam ich den positiven Asylbescheid. Ich wollte so schnell wie möglich arbeiten und begann zuerst als Freiwilliger bei der Caritas in der Behindertenbegleitung. 2018 wurde ich dann offiziell dort angestellt und blieb über ein Jahr. Ich hatte einen Freund, der bei Newrest im Nightjet arbeitete. Er schwärmte von dem Job, bei dem man viel unterwegs ist und mit unterschiedlichsten Leuten in

Kontakt kommt. Fast ein bisschen wie im Journalismus. Also bewarb ich mich, machte den Zugführerkurs und war zwei Jahre lang als Eisenbahner beschäftigt. Dann wechselte ich zur ÖBB, wo ich als Mitarbeiter im Service- und Kontrollteam im Nahverkehr angestellt wurde. Wir kontrollieren die Tickets, sorgen für Service und Ordnung im Zug und beantworten die Fragen der Fahrgäste. Die Beziehung zu den Kolleg:innen und den Vorgesetzten ist sehr gut. Sie kümmern sich um dich wie Freund:innen. Das ist für mich noch wichtiger als das Gehalt. Auch die österreichische Staatsbürgerschaft habe ich seit eineinhalb Jahren. Neben dem Job mache ich Musik als Percussionist und habe drei Bücher in Planung. Als wir in Salzburg ankamen, sind viele Menschen zu uns gekommen und haben uns unterstützt. Dafür bin ich sehr dankbar. Sie sind jetzt meine Familie. Heimat ist für mich nicht, wo du wohnst, sondern mit wem du wohnst. Österreich ist jetzt meine Heimat und meine Zukunft, und dafür arbeite ich, solange ich gesund bin.“

*Alle elf Porträts der aktuellen Reihe sowie die Porträtreihen der letzten Jahre gibt es online auf [www.hierangekommen.at](http://www.hierangekommen.at).*



Der Soziologe Frank Kalter ist einer der Direktor:innen des deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

#### INTEGRATIONSDISKURS

## Mit den Fakten Schritt halten

Migrant:innen und ihre nachfolgenden Generationen werden in Deutschland beruflich immer erfolgreicher. Dennoch halten sich die Vorbehalte ihnen gegenüber hartnäckig. Ein Gespräch mit dem Soziologen Frank Kalter über die Gründe und darüber, was verbessert werden kann.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

**Z**ugewanderte und ihre Nachkommen werden von der Mehrheitsgesellschaft zum Teil auch deshalb nicht akzeptiert, weil sie zu erfolgreich integriert sind – und nicht zu wenig. Das stellten Soziologe Frank Kalter von der Universität Mannheim und Migrationsforscherin Naika Foroutan von der Humboldt-Universität zu Berlin in der Studie „Outgroup mobility threat – how much intergenerational integration is wanted?“ fest. Kalter und Foroutan sind Direktor:innen und im Gründungsvorstand des Deutschen

Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

**MO-Magazin: Herr Kalter, in Ihrer Untersuchung stellten Sie und Ihre Kollegin Naika Foroutan fest, dass trotz des beruflichen Aufstiegs vieler Migrant:innen und der nachfolgenden Generationen die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft nicht steigt. Woran liegt das?**

*Frank Kalter:* Früher ist man bei der Ablehnung von Zugewanderten von einer Konkurrenz ausgegangen, also

dass es einen Kampf am Arbeitsmarkt um knappe Ressourcen und gute Positionen gibt. Das ist aber insofern nicht mehr schlüssig, da sowohl in den USA – von wo die Konkurrenz-Hypothese stammt – als auch in den meisten europäischen Ländern wie Deutschland und Österreich diese Konkurrenzsituation durch den demografischen Umbruch nicht mehr da ist. Die Babyboomer gehen in Pension. Es entstehen unfassbar viele Leerstellen auf den Arbeitsmärkten, in allen Positionen, und man kann froh sein, wenn diese gefüllt

werden. Da ist es umso erstaunlicher, dass die Akzeptanz immer noch so schleppend ist, weil man ja auch die demografischen Erfordernisse mit Zuwanderung füllt, insbesondere mit den erfolgreichen nächsten Generationen von Zuwanderer:innen. Nun stellen wir fest, dass es bei der Konkurrenz eher um unterschiedliche kulturelle Werte geht, die als eigentliche Bedrohung wahrgenommen werden. Das könnte helfen, zu erklären, warum die Vorbehalte gegenüber bestimmten Gruppen, vor allem gegenüber Muslim:innen, weiter so hoch sind. Man muss aber dazu sagen, dass es keine alleinige Antwort ist. Es ist jedoch ein Schritt in die Richtung, die Frage zu beantworten.

#### **Was war der Anlass, diese Studie letztes Jahr durchzuführen?**

Wir sehen viele Integrationserfolge in Deutschland, etwa auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssektor. Dort gelingt die Integration unter dem Strich grundsätzlich gut und gemessen an den oft schwierigen Startbedingungen auch vergleichsweise schnell. Das wird aber meist nicht so wahrgenommen. Stattdessen hält sich der Mythos, dass die Integration gescheitert sei. Das geht völlig an den Fakten vorbei. Diese Diskrepanz hat uns dazu bewogen, genauer zu untersuchen, warum die Akzeptanz von Zugewanderten oder die Wahrnehmung der Erfolge von Integration nicht mit dem Schritt hält, was tatsächlich passiert.

#### **Stichwort Arbeitsmarkt: Mit welcher Generation kann der berufliche Aufstieg in Deutschland beobachtet werden?**

Es ist grundsätzlich schwierig, hier von abgrenzbaren Generationen zu sprechen, denn es ist nicht immer so eindeutig, wer die erste, zweite oder dritte Generation ist. Man kann einen Elternteil aus Deutschland und einen aus dem Ausland haben, ebenso bei den Großel-

tern. Zu welcher Generation zählt man dann? Aber generell nimmt der berufliche Aufstieg über die Generationen tendenziell immer stärker zu. Und in der sogenannten dritten Generation können wir die Unterschiede gegenüber der Population ohne Migrationshintergrund eigentlich gar nicht mehr feststellen.

#### **In der Studie schreiben Sie, dass Teile der Mehrheitsbevölkerung Zugewanderte ablehnen könnten, da diese zunehmend einflussreiche Positionen bekleiden. Woran liegt das?**

Wenn zugewanderte Minderheiten in Berufen tätig werden, die die gesellschaftlichen Normen und Regeln der Mehrheitsgesellschaft prägen, ist die Angst da, dass sich diese verändern. Das nennen wir die sogenannte symbolische Bedrohung. Sie bezieht sich auf kulturelle Werte und Normen einer

---

**„Man muss sich immer wieder bewusst machen: Berichtet wird über Probleme und nicht über das, was gut läuft“**

---

Gesellschaft, wie zum Beispiel allgemeine Verhaltensregeln, die durch die Zugewanderten angeblich unterwandert würden. Reale Bedrohung würde hingegen bedeuten, dass aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft die Versorgung mit materiellen Bedürfnissen wie Nahrung oder Unterkunft durch den Aufstieg von Minderheitengruppen gefährdet wird. In Deutschland spielt die symbolische Bedrohung eine größere Rolle als die reale. Vor allem türkeistämmige Muslim:innen und syrische Geflüchtete stoßen hier auf größere gesellschaftliche Ablehnung. Das ist unabhängig davon, wie erfolgreich sie sind. Unsere Studie belegt, dass die symbolische Bedrohung besonders dann zunimmt, wenn Muslim:innen in diese Art von Berufen aufsteigen, etwa Richter:innen oder Politiker:innen werden.

#### **Was kann man tun, um dieses Bedrohungsgefühl abzuschwächen?**

Das ist ein Bereich, wo es um klassische Ressentiments geht, um tiefere rassistische Einstellungen. Dagegen gibt es leider keine schnellen Patentrezepte. Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen auf vielen gesellschaftlichen Ebenen. Eine faktenbasierte Aufklärung und Diskussion sind auf jeden Fall notwendige Bestandteile, auch wenn sie allein noch nicht ausreichen.

#### **Wessen Aufgabe ist es, sogenannte Integrationserfolge zu kommunizieren?**

Es ist die Aufgabe von allen: von jedem einzelnen im Alltag, von der Politik, von den Medien, von der Wissenschaft. Letztere tut, was sie tun kann, und macht Analysen mit den besten Daten und Methoden, die ihr zur Verfügung stehen.

#### **Wo sehen Sie da momentan Verbesserungsbedarf?**

Ich denke, dass es an allen Stellschrauben Luft nach oben gibt. Ganz besonders bei den Medien, einschließlich der sozialen Medien. Es liegt in der Natur der Sache, dass man über Probleme berichtet und nicht so sehr über die Dinge, die gut laufen. Auch das muss man sich immer wieder bewusst machen. Wenn beispielsweise eine absolute Minderheit unter Minderheiten irgendwo ein Problem verursacht, erfährt man das in der Presse sofort. Wenn 99 Prozent der entsprechenden Gruppe ihrem gepflegten Alltag nachgeht, ist das kein Medienereignis. Das ist ein Teil des Problems, dass der Nachrichtenwert von „viele läuft sehr gut“ nicht so toll ist wie irgendwelche Katastrophen. Wir versuchen hier am Institut mit einer nüchternen Integrationsberichterstattung beizutragen, in der auch solche Botschaften sichtbar werden. Und wir arbeiten daran, dass sie in Öffentlichkeit, Politik und den Medien noch besser wahrgenommen werden können.

## ARBEITSVERHÄLTNISSE

# Ausbeutung auf Bestellung

Die Ausbeutung von Migrant:innen in Österreich hat strukturelle Gründe. In seinem neuen Buch geht der Journalist Johannes Greß der Frage nach, wie sich daran etwas ändern ließe. Ein Auszug.

TEXT: JOHANNES GRESS

**I**n Österreich arbeiten ungarische Paketzusteller bis zu 17 Stunden täglich und syrische Essenslieferanten für sechs Euro pro Stunde. In den vergangenen Jahren starben in Österreichs Wäldern mehr als ein Dutzend rumänische Forstarbeiter und indische Reinigungskräfte beklagen sexuelle Übergriffe, während sie ohne Papiere die Wohnungen von Diplomat:innen und Professor:innen putzen.

Sich gegen Ausbeutung zu wehren, fällt den Betroffenen schwer: Migrant:innen sind vom Wahlrecht größtenteils ausgeschlossen, in Gewerkschaften sind sie kaum vertreten, Betriebsräte sind in migrantischen Branchen eine Seltenheit. Mangelnde Sprach- und Rechtskenntnisse, fehlende Alternativen am Arbeitsmarkt, ein unsicherer Aufenthaltsstatus und die Angst, gekündigt zu werden, erschweren es ihnen, auf ihre Rechte zu pochen.

Dass Migrant:innen in Österreich zu fragwürdigen Bedingungen arbeiten und im Schnitt weniger verdienen, ist kein Naturgesetz. Deren Arbeitsbedingungen sind keine unglückliche Fügung des Schicksals, sondern das Resultat wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen, die von den Machtverhältnissen geprägt sind. Das bedeutet,

dass es immer auch anders hätte kommen können – und dass es nicht auf alle Ewigkeit so sein muss.

## Ein nicht für alle goldenes Zeitalter

Im 19. Jahrhundert etwa schlossen sich Arbeiter:innen zusammen, traten in den Streik oder demonstrierten, sie gründeten Gewerkschaften. In Österreich mündeten diese Kämpfe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einen gut ausgebauten Sozial- und Wohlfahrtsstaat, schlagkräftigen Gewerkschaften und den Abschluss zahlreicher Kollektivverträge, die Mindestlöhne und Arbeitnehmer:innenrechte garantieren. Rückblickend gelten die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg gerne als „Goldenes Zeitalter“, in dem die Wirtschaft brummte, die Arbeitslosigkeit nahezu verschwand und sich Arbeitende Jahr für Jahr über ordentliche Lohnzuwächse freuen konnten. Ausgeblendet wird, dass diese Zeiten vor allem für in Österreich geborene männliche Arbeiter „golden“ waren – während Frauen unbezahlt im Haushalt arbeiteten und die sogenannten Gastarbeiter:innen die, gelinde gesagt, weniger angesehene Arbeit erledigten.

Innerhalb der österreichischen Gewerkschaften wirkt diese Entwicklung

bis heute nach. Einen besonders hohen Organisationsgrad weist die Gewerkschaftsbewegung vor allem im Bereich der Industrie- und Automobilbranche auf; also dort, wo eine relativ einheitliche deutschsprechende, männliche Gruppe Schicht für Schicht geschlossen in die Fabrik schlendert. Je weiblicher und migrantischer eine Branche, desto schlechter ist es um die Macht der Lohnabhängigen bestellt.

Um die Arbeitsbedingungen von Migrant:innen zu verbessern, sind herkömmliche gewerkschaftliche Methoden wie Kollektivvertragsverhandlungen und Betriebsräte nur mehr bedingt geeignet. Es braucht neue Instrumente, Strategien, Organisationsformen und Bündnisse. Bei Arbeitsbedingungen handelt es sich um ein politisches Problem. Und ein politisches Problem braucht politische Lösungen.



Johannes Greß  
**Ausbeutung auf Bestellung**  
 ÖGB Verlag 2024  
 268 Seiten, 22,90 €



## KOLUMNE

# Fremde in der Heimat

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

KOLUMNE: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

**W**as ist ein Ort? Was ist eine Heimat? Und was macht Ersteres zu Zweiterem? Ich bin natürlich nicht die erste Person, die sich genau diese Fragen stellt. Schon seit Anbeginn der Menschheit sind unzählige Seelen auf der Suche nach einer Antwort auf diese Fragen, die es aber pauschal nicht zu geben scheint; dennoch versuche ich hin und wieder genauer hinzuschauen. Einmal im Jahr bin ich weder Mama noch Autorin noch Lehrerin, sondern einfach nur die Menerva, heast. Diese Menerva schnappt sich ihre langjährige Freundin N. und besagte Frauen fahren für ein paar Tage ins Salzkammergut. Weg vom Lärm der Stadt, weg von den Verpflichtungen des Lebens, weg vom Trott des Alltags und den ermüdenden Routinen, dafür ab ins türkise Vergnügen auf den Malediven Österreichs. Sie denken, ich übertreibe? Keineswegs! Mit nur wenig Fantasie und einer Prise Heimatliebe steht der Wolfgangsee in seiner Pracht Phuket um nichts nach. Dort angekommen schlüpfen wir auch schon in unsere Badeklamotten, legten uns unter ein schattiges Plätzchen und atmeten einmal auf. Endlich da, endlich angekommen, endlich frische Luft, endlich nur wir, zwei Individuen auf dieser Erde, nicht mehr, nicht

weniger, wären da nicht ein paar Dinge ... N. ist eine ziemlich große, weiße Frau, die ihre Haare sehr kurz trägt, männerkurz. Ihr Auftreten verwirrt oft, da hilft auch der schwarze Bikini nicht viel. Kommen wir zu meiner Wenigkeit, sorgte auch ich für Stimmung am Land: Eine kleine, braune Frau, die die Figur der Venus von Willendorf besitzt, diese aber tüchtig in einen schwarzen Burkini eingewickelt hat und dazu noch eine skurrile Sonnenbrille trägt, an der eine bunte Brillenkette hängt. Unsere Existenz an sich ist noch nicht die Pointe für die Leute am Wolfgangsee. Die Pointe liegt darin, dass wir gemeinsam dort waren. So richtig gemeinsam. Wir sind gemeinsam geschwommen, haben gemeinsam gegessen, gemeinsam gelacht, gemeinsam ein Boot ausgeliehen und auf Deutsch – ich sogar im Wiener Dialekt – miteinander gesprochen. Durch-ge-hend. Wir wurden angesehen, als hätten wir einen Ort betreten, zu dem wir keinerlei Befugnis hätten. N. mit ihrer Queerheit, ich mit meinem sichtbaren Muslimischsein. Niemand war gemein zu uns, niemand hat uns unhöflich behandelt, die Leute grüßten uns herzlich, aber zurückhaltend, mit verwirrten, fragenden Blicken. In den letzten Jahrzehnten habe ich ge-

lernt, genau diese Blicke zu deuten. Ich bin mit diesen Blicken aufgewachsen, die fragen, warum wir da seien, was wir hier möchten und ob wir irgendwann einmal die Güte haben würden, einfach zu gehen. Nach Hause. In einem Moment war ich alleine, weil N. etwas holte, da kam die Eisdiele-Verkäuferin im Eilschritt zu mir und fragte: „Gnädige Frau, woher kommen Sie?“ „Aus Wien“, sage ich und warte ab, wie sie wohl reagieren würde. Sie zeigte mit ihren Händen auf meinen Badeanzug und fragte weiter: „Naaa, woher Sie wirklich kommen, man i.“ Ich lachte, weil ich hätte wetten können, dass genau diese Frage kommen würde, die meine gesamte Identität auf meine Hautfarbe oder meine Kleidung reduziert. Und weil ich es nie gelernt habe, meine gesamte Existenz, mein Dasein an sich, mein „da sein zu dürfen“ einer anderen – mir völlig fremden – Person zu erklären, gab ich ihr jene Antwort, die sie hören wollte: „Aus Ägypten.“ Diese Antwort stellte sie zufrieden. Diese Antwort passte zu dem, was sie sah und glaubte zu wissen. Sie passte zu der Theorie, die sie in ihrem Kopf über mich hatte. Und ich fragte mich dann, wie sich jemand wohl fühlen mag, der die Schönheit der vollkommenen Zugehörigkeit genießen darf.

## POPULÄR GESEHEN

## Menschenrechte, eh klar?

Das Anstößige an den Menschenrechten ist, dass sie auch für die anderen gelten.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

„Alle Menschenrechte sind allgemein gültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang“, formulierte die Abschlusserklärung der UN-Menschenrechtskonferenz die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Das klingt alles so selbstverständlich, no na ned, eh klar. Ist es aber nicht. Vor 30 Jahren in Wien wurde dem Kulturrelativismus eine Absage erteilt. Menschen kommen Rechte zu, weil sie Menschen sind, nicht weil sie zu einer bestimmten Kultur oder Herkunft gehören. Wird über Kultur gesprochen, um über Menschenrechte zu schweigen? Es gibt Hinweise. Der Iran begründet die Missachtung von Frauenrechten mit der „eigenen religiösen Kultur“, China rechtfertigt mangelnde Pressefreiheit mit der „kollektivistischen asiatischen Tradition“ und in Europa führen Staaten den Ausschluss vom sozialen Wohnbau, Existenzsicherung oder demokratischer Mitbestimmung auf die „Kultur und Werte“ der anderen zurück. Der Zugang zu leistbaren Wohnungen, die nicht feuchten Substandard darstellen, wird so als kulturelles Recht definiert – und nicht als soziales Grundrecht. Dasselbe bei so-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

zialen Aufstiegschancen oder Mindestsicherung. Es sind mittlerweile dieselben, die sich auf „europäische Werte“ berufen und gleichzeitig Menschen die auf diesen Werten begründete Gleichheit verweigern. Wird über Werte gesprochen, um über Menschenrechte zu schweigen? Es gibt Hinweise. Der Begriff der Werte kommt nicht aus der Ethik, sondern aus der Ökonomie. Der Wert gibt das Gewicht an, das wir einem Gegenstand zuerkennen, wie wir ihn bewerten, mit wie viel Geld wir ihn aufwiegen. Das übliche Maß für Werte ist der Preis. Welches Gewicht bringen Einkommensschwache auf die politische Waage, wie viel „wert“ ist ein Flüchtlingsleben, wie viel wiegt die Unversehrtheit von Zivilist:innen im Krieg? „Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen Preis oder eine Würde“, formulierte Immanuel Kant. Das Anstößige an den Menschenrechten ist, dass sie auch für die anderen gelten. Das ist ihr zivilisatorischer Kern. Die wenigsten wollen die Menschenrechte abschaffen, sie wollen aber, dass sie nicht für alle gleich gelten. Was de facto ihre Abschaffung bedeutet.

## POLIZEIKOLUMNE

## Mit dem Hammer schrauben

Eine Verhaftung im Zug beschert der Polizei viel Häme. Wo liegt das rechte Maß zwischen Panzerung und Dialog?

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER  
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.  
Illustration: Petja Dimitrova

Ende Juli ging ein Video von einem Polizeieinsatz in Vorarlberg viral. Drei Beamte einer Spezialeinheit stürmen die Schnellbahn, um einen Mann zu verhaften. Sie sind mit Vollvisierhelm und Schild ausgerüstet und richten ihre Taschenlampen auf den 32-Jährigen. Der soll einige Stationen zuvor einen Kontrahenten geschlagen und bedroht haben. Im Video reagiert der Angesprochene konfus. Offenbar kapiert er die alemannischen Befehle nicht gleich: „Leg di ufa Buch.“ Erst als der zweite Beamte die Kommandos übersetzt, kommt der Mann den Anordnungen nach. Vom spektakulären Auftreten der Spezialeinheit zeigt er sich wenig beeindruckt. Als er aufgefordert wird, zu einer geräumigeren Stelle nach vorne zu rücken, fragt er die Beamten, ob er zuvor noch die beiseite gelegten Kopfhörer zu sich nehmen darf. Diese brüllen nur. Bevor ihm dann die Handschellen angelegt werden, kostet der Mann seine ten minutes of fame noch so richtig aus und gibt sein Social Media-Profil durch. Die Polizei musste in den Sozialen Medien viel Häme für den Einsatz einstecken. „Wie wäre es einfach

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

## Zeiten des Stillstands

„Das war schon immer so!“, ist keine Antwort.

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH: EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova

mal mit dem im gesamten deutschen Sprachraum anerkannten Hochdeutsch?“, ätzte ein User. In einer mittlerweile gelöschten Aussendung verteidigte die LPD Vorarlberg den Einsatz. Die Verhaftung sei rasch und ohne Einsatz der Dienstwaffe durchgeführt worden. Da es sich um einen Einsatz gegen eine Person mit einem Messer gehandelt habe, seien die Schnellen Reaktionskräfte angefordert worden. Diese seien im Vergleich zu einer normalen Streife mit zusätzlicher Ausrüstung ausgestattet. Regelmäßige Leser:innen der Polizeikolumne kennen diese Spezialeinheit bereits, sowie die Kritik an ihr: Einmal eingerichtet, muss sie auch eingesetzt werden. Und hat man einen Hammer, haut man drauf, auch auf eine Schraube.

Wenn passive Schutzausrüstung den Waffengebrauch reduziert, dann ist dies eine gute Entwicklung. Aber wenn sie kommunikative Kompetenzen einschränkt, zeigen sich die Grenzen der Panzerung. Und damit sind nicht nur Sprachkenntnisse gemeint, sondern die Fähigkeit ein Gegenüber einzuschätzen und den richtigen Gang einzulegen.

Wir leben in einer Zeit des Stillstands. Weiterentwicklung scheint der Feind zu sein. Es ist fast egal, um welches Thema es sich handelt. Gendern wird immer noch heiß diskutiert – obwohl es wirklich niemandem weh tut. Diversität am Arbeitsplatz und in Teams wird nicht ernsthaft angestrebt – denn es wird ja gesucht, aber niemand gefunden. Barrierefreiheit ist ein Schlagwort, mit dem geworben wird – kommt es allerdings darauf an, werden erst alle existierenden Barrieren sichtbar. Zwischen Vorstellung und der Realität liegen viele Arbeitsschritte.

Historisch gibt es Phasen der Veränderung und Phasen des Stillstandes. In vielen Aspekten sind wir an einem ganz anderen Punkt als noch vor 50 Jahren. Viele der Verbesserungen wurden allerdings nur erhofft. Die Vorstellung, dass es sich dabei um gesellschaftliche Backlashes handelt, geht davon aus, dass es schon einmal anders war. Doch die Umsetzung der guten Gedanken scheitert oft noch an dem Unwillen zur Veränderung. Selbst in Branchen, in denen Personen arbeiten, die gesellschaftliche Veränderung fordern, verändert

sich relativ wenig. Privilegien abzugeben und mehr Personen einzubeziehen, scheint schwieriger zu sein, als es anmuten würde.

Als Antwort, warum nichts weitergeht, wird immer wieder der Satz „Das war schon immer so“ gezückt. Und gemeinhin ist bekannt, wenn etwas immer schon so war, darf man nichts ändern. Änderung ist allerdings der einzige Weg, um Dinge besser zu machen. Sollte das Streben nach Besserung nicht ein Drang sein, der den Drang nach Trägheit schlägt? Die Wahlkampfzeit ruft dazu auf, uns selbst und unser Umfeld zu evaluieren. Sind die großen Worte von Toleranz, Diversität und dem gesellschaftlichen Fortschritt tatsächlich nur Worte? Oder tragen wir mit unseren Handlungen dazu bei? Schimpfen wir nur über Rückschrittlichkeit oder sind wir ein Teil davon? Machen wir aus dem nächsten „Das war schon immer so!“ ein „Das können wir verändern!“

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Wiener Alltagstragödien

In den Geschichten von Franz Suess trifft man auf Charaktere wie sonst nur selten in Comics: die ganz Gewöhnlichen oder gar Unterdurchschnittlichen, die Nicht-Normschönen, die denen nur wenige Privilegien und noch weniger Glück be-

schert sind. Wie alle anderen versuchen auch sie, der Einsamkeit und dem drögen Alltag zu entfliehen – meist vergeblich. Denn auf der Suche nach ein bisschen Zuwendung und Geborgenheit geraten Suess' Antiheld:innen in ein Schlamassel nach dem anderen. In „Drei oder vier Bagatellen“ sind es der schüchterne Michael, der beim schwulen Online-Dating seinem ersten Sex entgegenfiebert, „Best Ager“ Brigitte, die an eine fragwürdige Verabredung gerät, und der vernachlässigte Junge Tobias, der von seinen Eltern zum tatttrigen Opa aufs Land abgeschoben wird. „Anti-Liebesgeschichten“ nennt Franz

Suess seine Erzählungen, die allen zwischenmenschlichen Enttäuschungen und Alltagstragödien zum Trotz mit jeder Menge Humor aufwarten. Franz Suess' Karriere als Comicautor begann spät: Erst mit 50 Jahren veröffentlichte er 2011 seine erste Graphic Novel. Seitdem ist der gebürtige Linzer zu einem der wichtigsten Comic-Künstler in Österreich avanciert und wurde u. a. mit dem Comicbuchpreis der Berthold Leibinger Stiftung, einem der wichtigsten Comicpreise im deutschsprachigen Raum, ausgezeichnet. In „Drei oder vier Bagatellen“ zeigt sich Suess einmal mehr als begnadeter Geschichtenerzähler. Ku-

lisse ist wie so oft ein Wien, das man nicht in der Tourismus-Werbung sieht – in den Randbezirken, in schmutzigen Wohnungen, bei unfreundlichem Wetter. Grau und kratzig, wie die prägnanten Schwarz-Weiß-Bleistiftzeichnungen im typischen Suess-Stil. Seine verschrobene Figuren stellt der Autor nie aus. Vielmehr begegnet er ihnen mit distanzierendem, aber empathischem Blick. Denn schließlich: Wer ist schon vorm Scheitern gefeit? (Vina Yun)

Franz Suess  
**Drei oder vier Bagatellen**  
 avant-verlag 2024  
 208 Seiten, 26,50 Euro

## PODCAST



### Tiefe Einblicke

Die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ und das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ produzieren gemeinsam den Podcast „Inside Austria“.

Darin beleuchten Standard-Journalist Zsolt Wilhelm und Spiegel-Journalistin Lucia Heisterkamp gemeinsam mit Journalist:innen beider Redaktionen Themen, die Österreich beweg(t)en. Diese sind breit gestreut, in den vergangenen Monaten zählten dazu der neue und alte Judenhass, die umstrittene Asylpolitik, Fußballikone Marko Arnautović, der Fall Lena Schilling oder Frauenmorde in Österreich. Die Themen werden tiefgreifend aufbereitet und gehen über schnelllebige Tagesberichterstattung hinaus.

„Inside Austria“ widmet sich dabei auch immer wieder den rechten Umtrieben im Land. So gibt es Folgen über heimische rechtsextreme Influencer:innen, das Onlinemedium „Exxpress“, den Akademikerball oder zuletzt darüber, wie die FPÖ den Wahlkampf im Netz dominiert. Der Podcast gibt aufschlussreiche Einblicke hinter die Kulissen der Alpenrepublik. Oder wie „Der Spiegel“ auf seiner Webseite schreibt: „Für alle, die sich für die politischen Abgründe Österreichs interessieren.“ Jeden Samstag

erscheint eine neue halb- bis einstündige Folge. (red)

[www.derstandard.at/podcast/insideaustria](http://www.derstandard.at/podcast/insideaustria)



## BUCH



### Wenn man es wissen will

Die Falter-Journalistin Nina Horaczek beschäftigt sich seit über einem Jahrzehnt intensiv mit der FPÖ, ihrer Politik und ihren jeweiligen Obmännern. Ihr neuestes Buch „Kickl beim Wort genommen“ ist eine Zusammenschau verschiedenster Wortbeiträge des aktuellen Parteichefs Herbert Kickl. Von A wie Asylpolitik bis Z wie Zensur finden sich darin Zitate, etwa aus Reden vom FPÖ-Oktoberfest, Presseaussendungen, In-

terviews bis zu Social Media-Posts. Warum sie dieses Buch veröffentlicht hat? „Jeder und jedem politisch Interessierten soll die Möglichkeit geboten werden, sich selbst ein Bild über Geist, Charakter und Ideologie von Herbert Kickl zu machen“, schrieb Horaczek dazu im Falter.

Die Zitate stehen für sich, sie werden nicht eingeordnet. Müssen sie auch nicht, denn beim Lesen der Positionierung des Chefs der derzeit umfragenstärksten Partei wird glasklar, wofür er mit seiner Partei steht und was er gerne umsetzen würde, sollte er an die Macht kommen. Wer es wissen will, kann es schwarz auf weiß nachlesen – damit man sich im Nachhinein ja nicht wundert. (red)

Nina Horaczek

**Kickl beim Wort genommen**

Czernin 2024

176 Seiten, 20,00 Euro

## BUCH



### Hinter den populistischen Fassaden

Was wollen Populist:innen links wie rechts? Der deutsche Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky erörtert dies in seinem neuen Buch. Denn man begegnet ihnen aktuell in vielen Ländern. Er beschreibt, wie Populist:innen – derzeit vor allem aus dem rechten Spektrum – ihre Anhänger:innen zur „schweigenden

Mehrheit“ erklären, obwohl sie weder schweigen noch die Mehrheit sind. Die meisten würden dabei nicht die Demokratie ablehnen wie oft angenommen. Sie halten sich stattdessen für die „echten“ Demokrat:innen, sägen aber zugleich an der Pluralität der Politik, Medien und Gesellschaft. Lewandowsky gibt einen guten Überblick über die vereinfachten populistischen Weltansichten. Dabei zerlegt er auch Begriffe wie „Protestwähler“ oder die „Stimme des Volkes“. Wirkungsvolle Strategien, die dem Populismus entgegengehalten werden können, hätten in dem Buch noch mehr Platz verdient. (red)

Marcel Lewandowsky

**Was Populisten wollen**

KiWi-Paperback 2024

336 Seiten, 20,60 Euro

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),  
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-  
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrati-  
onen), Eva Vasari (Illustrationen)

### AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Lotte Blumenberg, Johannes Greß, Menerva Hammad,  
Sarah Kleiner, Naz Küçüktekin, Salme Taha Ali  
Mohamed, Milena Österreicher, Magdalena Pichler,  
Alexander Pollak, Martin Schenk, Philipp Sonderegger,  
Vanessa Spanbauer, Edgar Subak, Vina Yun

### COVERBILD:

Julia Rotter

**ARTDIREKTION:** Mitko Javritchev

**LAYOUT-KONZEPT:** Theo Kammerhofer

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Ute Meißnitzer,  
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at  
Telefon: +43 1 524 99 00-16

**ABOS:** Maiko Sakurai, abo@momagazin.at  
Telefon: +43 1 524 99 00-23

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

**AUFLAGE:** 45.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeberin: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien  
Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller  
Obfrau: Zeynep Buyraç  
Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie und Chancen-  
gleichheit.  
ZVR: 22747570

### SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAWXXX  
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der  
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung  
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn  
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der  
Fotografien liegen bei den Urheber:innen.  
Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:  
SOS Mitmensch.

## ANDERE ÜBER...

# Eine Lebensretterin, die kein bisschen pensionsreif ist

Die Genfer Flüchtlingskonvention wird immer wieder, gerne auch in Wahlkampfzeiten, in Frage gestellt. Doch es braucht sie mehr denn je.

KOMMENTAR: CHRISTOPH PINTER

**V**or fast genau 73 Jahren wurde die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet und mit ihr ein Meilenstein im Menschenrechtsschutz gesetzt: In der Konvention, kurz GFK genannt, wurde zum ersten Mal festgeschrieben, wer ein Flüchtling ist, welche Rechte und Pflichten Flüchtlinge haben und dass niemand in ein Land zurückgeschickt werden darf, wo ihm oder ihr Verfolgung droht. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die GFK über Jahrzehnte Millionen von Menschenleben gerettet hat.

Periodisch werden jedoch Stimmen laut, die die Flüchtlingskonvention gern ändern würden: Sie sei in die Jahre gekommen, die globale Situation habe sich geändert oder, mit anderem Grundtenor, sie biete nicht mehr genügend Schutz ...

Uns bei UNHCR erfüllen solche Überlegungen mit Sorge. Aktuell haben rund 150 Staaten die Konvention unterzeichnet. Wenn man die Konvention, aus welchen Gründen auch immer, aufschnüren würde – könnte man jemals wieder dieses breite Be-

kenntnis der Staaten zum Flüchtlingschutz erreichen? Oder wollen manche Akteur:innen eben damit erreichen, dass die GFK und der Flüchtlingsschutz geschwächt werden?

Viel inhaltliche Kritik läuft aus unserer Sicht auch ins Leere: Die Verfasser:innen der Konvention hatten schon damals mit viel Weitblick festgestellt, dass Flüchtlingsschutz nur durch Solidarität zwischen den Staaten lösbar sein wird. Und genau diese Solidarität zwischen den Staaten vermissen wir manchmal schmerzlich. So leben 70 Prozent aller Flüchtlinge aktuell in ihren Nachbarländern und rund 75 Prozent in Ländern mit geringem oder niedrigem Einkommen. Umgekehrt formuliert: Trotz Ukraine-Krieg mitten in Europa lebt insgesamt nur ein geringer Prozentsatz von Flüchtlingen weltweit in Europa.

Bei UNHCR versuchen wir deshalb, die Konvention stärker mit Leben zu erfüllen und Staaten und andere Akteur:innen dazu zu motivieren, sich im Rahmen des Globalen Pakts für Flüchtlinge gemeinsam zu engagieren. Innerhalb von Europa wieder-



Illustration: Petja Dimitrova

um würden einheitlichere Schutz- und Aufnahmestandards zu einer gerechteren Verteilung von Menschen auf der Flucht führen. Wir hoffen, dass der soeben verabschiedete EU-Asyl- und Migrationspakt in seiner Umsetzung positive Auswirkungen darauf hat.

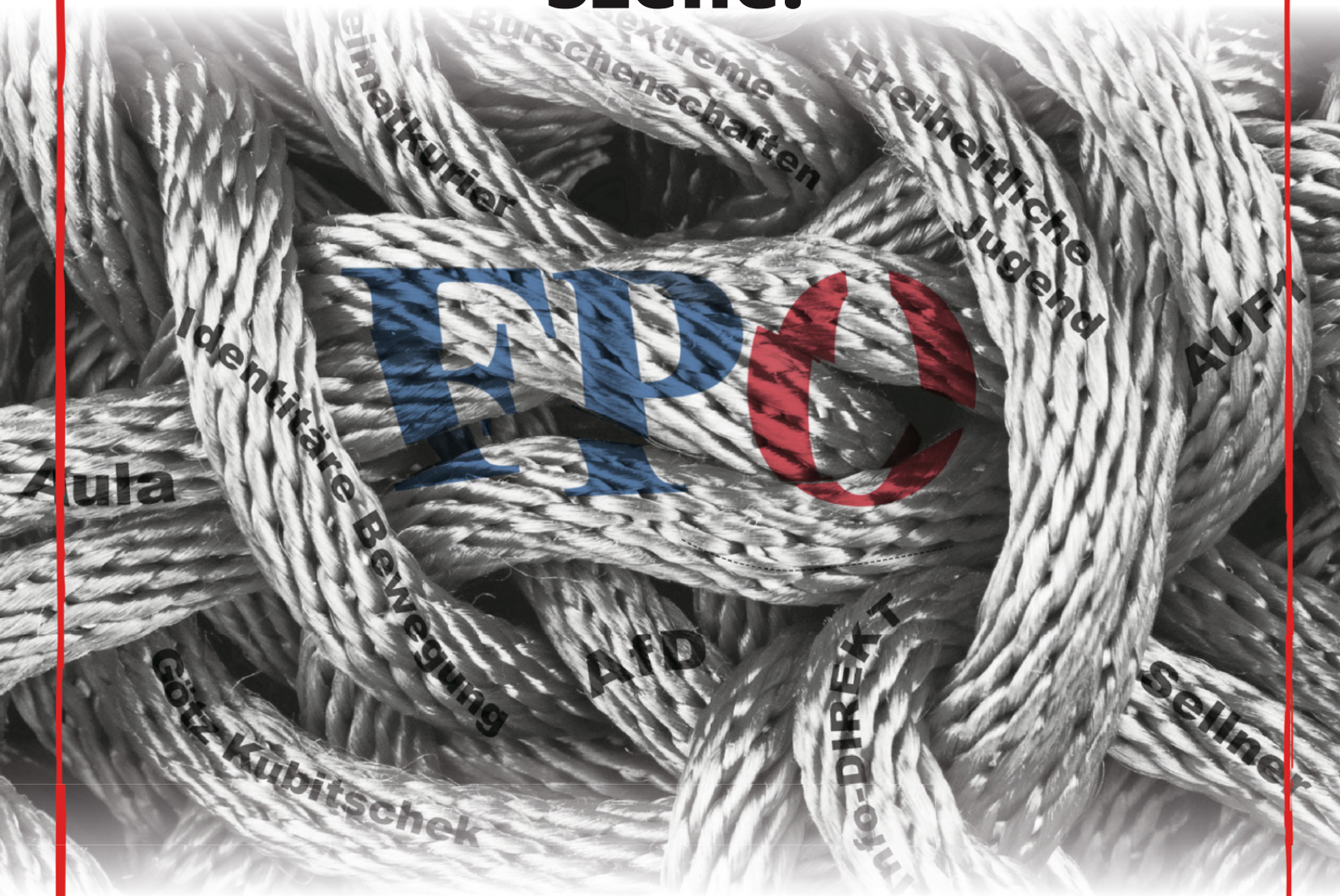
Ebenso haben die Verfasser:innen die Konvention derart flexibel gestaltet, dass sie auch neueren Schutzanforderungen gerecht wird und in ihrer Auslegung weiterentwickelt werden kann. Etwas praktischer an zwei Beispielen festgemacht: Genitalverstümmelung bei Mädchen oder Kindersoldaten waren in den 1950er Jahren sicher noch kein großes Thema, jetzt herrscht Einigkeit, dass dies Fluchtgründe sein können.

Die Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt also auch mit 73 Jahren nach wie vor ihren Zweck – ihre Umsetzung wird aber wohl auch in Zukunft weiter für Diskussionen sorgen.

*Christoph Pinter ist Jurist und leitet seit 2011 das Österreich-Büro des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR.*

SOS Mitmensch-Dossier legt offen:

# 200 FPÖ-Verflechtungen mit der rechtsextremen Szene!



**Meine Spende zur  
Verteidigung unserer  
Demokratie**

**[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)**

**30**  
Jahre  
**SOS**  
Mitmensch

**PASS  
EGAL**



**DAS  
FEST**

**24. September 2024  
15 - 20 h**

**Yppenplatz Wien**

mit:  
Schwesta Ebra  
Vusa Mkhaya  
Ayotheartist (SOB)  
**VERETER**  
Maracatu Nossa Luz & Friends  
und mit letzter  
Wahlmöglichkeit!

*Komm mit öffis oder Fahrrad!*

[www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at)

**SOS**  
**Mitmensch**

*Your voice now!*

*Weil deine Stimme zählt!*

**GEMEINSAM  
LAUT!**